

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

**Ein Land zum Leben.
Ein Land zum Bleiben.**

Programm für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016

Inhalt

Präambel

- I. Gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge sichern
- II. Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt
- III. Wirtschaft, gute Arbeit und Nachhaltigkeit
- IV. Bildung, Kultur, Wissensgesellschaft
- V. Demokratie leben
- VI. Finanz- und Europapolitik

Präambel

»Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben« – das soll Sachsen-Anhalt sein. Dafür brauchen wir eine Regierung, die an das Land glaubt und auch so handelt. Stattdessen regiert derzeit ein Kabinett der Zögerlichen, der Verwalter und der Sparer. Deren Politik hat die Bedingungen im Land verschlechtert und ein autoritäres Klima befördert. Wer meckert, der fliegt – und so treibt die Landesregierung die kreativen Köpfe, die Querdenker und die Mutigen außer Landes. Tausende junge Frauen und Männer gehen von ganz allein – auf der Suche nach Arbeit und um für sich und ihre Familien eine Zukunft aufzubauen.

Wir beteiligen uns nicht an der begrifflichen Schönfärberei der Landesregierung. Wir sagen, was ist: Sanierungspolitik und Strukturanpassung bedeuten zurzeit nichts anderes als Schrumpfung, Abbau und Strukturzerschlagung. Wir wollen eine andere Weichenstellung für dieses Land. Wir wollen das Unsrige beitragen zu einem Klima der Verantwortung, der Solidarität und des Respekts zwischen Jungen und Alten, zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten, zwischen Frauen und Männern.

Unsere Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. In den nächsten Monaten und Jahren gilt es, den hier schutzsuchenden Menschen Perspektiven zu ermöglichen. Respekt und Anerkennung sind Voraussetzung, Sprache, Bildung und Arbeit zentrale Bausteine der Integration. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als gehen. Diese Chance wollen wir nutzen und gestalten.

Wir meinen: Alle Menschen sollen hier gut leben können. Sachsen-Anhalt muss attraktiver werden. Arbeit und Entlohnung, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, sind dazu unabdinglich. Die bisherige Billiglohnpolitik der CDU hat die Menschen nicht im Land gehalten. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt vertritt eine andere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsorientierung. Die Förderung neuer Wirtschaftsansiedlungen wollen wir an nachhaltigen Kriterien ausrichten. Dazu gehören gute Bezahlung, die Mitbestimmung im Betrieb und umweltbezogene Standards. Wir wollen Fachkräfte ausbilden und nach Sachsen-Anhalt holen, indem wir gute Bedingungen auch für ihre Familien und Kinder bieten.

Sachsen-Anhalt braucht eine Landesregierung, die sich auf Aufholjagd begibt. Nicht nach Durchschnittskennziffern, sondern nach den Erfolgen, die uns andere Länder aufzeigen. Wir sind nach dreizehn Jahren CDU-geführter Regierung Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum aller ostdeutschen Länder. Sachsen-Anhalt ist traditionsreicher Hochschul- und Chemiestandort – aber Patentanmeldungen gibt es hier mittlerweile so wenige wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik. Der alte Glaube an die Wirtschaftskompetenz der Konservativen muss sich jetzt messen lassen an der Wirklichkeit.

Statt von guten Ansätzen bei der Wirtschaftsförderung muss man von Aussetzern sprechen. Allein zwei Untersuchungsausschüsse im Landtag beschäftigen sich mit Ungereimtheiten bei der Fördermittelvergabe der Landesregierung. Im Herbst 2014 stoppt die Europäische Union die Auszahlung von Fördermitteln an Sachsen-Anhalt, ein bisher einmaliger Vorgang. Und was geschieht? Die CDU-geführte Landesregierung bleibt sich treu: ignorieren und abwiegeln, anstatt sich den Problemen zu stellen und Fehler zu korrigieren.

Sachsen-Anhalts Landesregierung sollte die Hochschulen und Kulturstätten wertschätzen. Doch: Verkehrte Welt auch im Bildungs- und Kulturbereich. Die Regierung will deutlich kürzen, und Tausende stellen sich dagegen. Bereits im Sommer 2013 kämpften die Studierenden und Künstler Hand in Hand für den Erhalt dieser Strukturen in Sachsen-Anhalt. Und gegen eine Landesregierung, die den Studienstandort schwächen und Theater schließen wollte. Die Regierung reagierte auf die Proteste mit Vorwürfen, die Studentinnen und Studenten würden Sachsen-Anhalt scha-

den. Und mit Rauswürfen: Eine Wirtschaftsministerin, ein Bauhausdirektor und ein Theaterintendant mussten gehen. Zwei Jahre später sinken die Anmeldezahlen westdeutscher Studenten an hiesigen Hochschulen so stark wie nirgends sonst in der Bundesrepublik. Wer seine Zukunft plant, will nicht schon im Studium abgewickelt werden. Die Kürzungspläne für die Hochschulen schaden also, noch bevor sie umgesetzt sind.

Wir meinen: Bildung und Kultur dürfen kein Luxus werden. Und Widerspruch ist kein Kündigungsgrund. Die Schrumpfungspläne und die Kürzungen bei Theatern und Orchestern, die Missachtung der Empfehlungen des Kulturkonvents und die Personalpolitik der Landesregierung haben Verunsicherung und Distanz erzeugt. Wir brauchen eine Kulturförderung, die kreative Köpfe anzieht und Qualität sichern hilft, statt sie zu bedrohen. Wir brauchen einen anderen Stil – wir brauchen Kommunikation auf Augenhöhe.

Bildung ist ein Schlüssel für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt streitet für ein Bildungssystem, das unabhängig vom Einkommen der Eltern zugänglich ist, das Neugier, Kreativität und ein solidarisches Miteinander fördert. Die Wirklichkeit in Sachsen-Anhalt: Der Unterrichtsausfall an den Schulen lässt sich nicht mehr schönreden. Die Landesregierung hat über Jahre zu wenig für den Personalbestand im Öffentlichen Dienst getan. Wir wollen diese Politik stoppen. Bereits jetzt ist absehbar: Im Wettbewerb mit anderen Bundesländern werden wir um Lehrerinnen und Lehrer und andere Fachkräfte hart ringen müssen.

Wir streiten für das Ideal einer inklusiven Bildung und Gesellschaft. Menschen sind unterschiedlich – im Alter, im Geschlecht, in Bezug auf ihre Herkunft, auf Gesundheit und Krankheit, auf Behinderungen und Beeinträchtigungen, in ihrer jeweiligen Lebenssituation. Wir alle sind Teil dieser Welt, aber gehören wir wirklich dazu? Inklusive Bildung heißt Lernen mit allen Kindern, inklusive Stadt heißt bezahlbare Mieten und Barrierefreiheit für alle, inklusive Kultur heißt Zugänge zu haben und zu schaffen. Eine Gesellschaft, die jeden Einzelnen wertschätzt, ist eine solidarische. Aus der Anerkennung nur von ausgesucht Wenigen erwächst eine Ellenbogengesellschaft. Inklusion und Solidarstaat sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Politik sollte alles tun, damit Menschen ohne Angst leben können. Ohne Angst vor Armut, Demütigung, Hass, Gewalt oder Krieg. Der einzelne Mensch in seiner Würde ist Ausgangspunkt unseres Denkens. Die Zukunftschancen eines Menschen dürfen sich nicht anhand seiner Herkunft entscheiden. Erfolg braucht viele Unterstützer: Daraus ergibt sich unsere sozialpolitische Programmatik. Kinder und Jugendliche sind zu schützen und zu fördern, lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Beratung und Schutz für Menschen in Krisen sind auszubauen, die Zugänge zu Gesundheitsvorsorge und guter Pflege für alle zu sichern.

Flüchtlinge, Migranten und Asylsuchende kämpfen hier um Akzeptanz und Perspektiven. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht dabei an ihrer Seite. Als konsequente Friedenspartei nehmen wir auch die Ursachen von Krieg und Vertreibung in den Blick. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Wir brauchen ein Europa der Solidarität und der Menschlichkeit. Die europäische Flüchtlingspolitik muss sich auf den Schutz des Einzelnen und nicht auf die Verfeinerung von Abschottungssystemen konzentrieren.

Sachsen-Anhalt braucht eine Landesregierung, die Gegenwart und Zukunft verbinden kann. Dazu gehört für uns eine verantwortliche und nachhaltige Haushaltspolitik. Der Schrumpfungskurs der alten Landesregierung ging zulasten wichtiger Bereiche der Landesentwicklung. Auch wir wollen Schulden abbauen – ohne die Zukunft des Landes zu gefährden. Deshalb muss der Schuldenabbau so gestaltet werden, dass Spielräume für Neueinstellungen in den Schulen, bei der Polizei und im Landesdienst sowie wichtige Investitionen möglich bleiben. Wir wollen Lebensqualität und öffentliche Infrastruktur – besonders im ländlichen Raum – erhalten. Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, eine gute soziale Infrastruktur

vorhalten. Wir streben ein neues System der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung an.

Unterlassene Investitionen und Sozialabbau von heute kommen uns in der Zukunft teuer zu stehen. Dies gilt auch in internationaler Perspektive: Die Situation in Europa und insbesondere in Griechenland zeigt, Alternativen zum Spardiktat müssen erkämpft werden. Wir drängen auf eine gerechte Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Hand, also eine gerechtere Steuerpolitik, ohne Niedriglohnpolitik und Sozialabbau. Diese Fragen erfordern ein langfristiges Umdenken und politischen Druck. Auch dafür ist Ihre Stimme für DIE LINKE wichtig.

Ideen, Vielfalt und Solidarität – ist das, was uns stark macht. Ist das, was Sachsen-Anhalt braucht. Dafür stehen wir. Zur Landtagswahl am 13. März 2016 entscheiden Sie darüber, ob ein politischer Aufbruch gelingt. Sie entscheiden darüber, ob Wulf Gallert der neue Ministerpräsident des Landes wird oder ob ein Kabinett der Verwalter und der Farblosen weitermacht oder gar rechte Scharfmacher ins Parlament einziehen. Der politische Wechsel braucht Ihren Widerspruch und Ihre Zuversicht. Und Ihre Entscheidung, sich an der Wahl zu beteiligen.

I. Gleichwertige Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge sichern

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in Sachsen-Anhalt. Keine Region darf vernachlässigt, keine Region darf abgehängt werden. Die Politik der bisherigen Landesregierung, die nur auf Abbau und Kürzungen setzt, ruiniert die Stärken unseres Landes und gefährdet die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Was wir stattdessen brauchen, sind Perspektiven überall in Sachsen-Anhalt – in Stadt und Land. Öffentliche Daseinsvorsorge, Mobilität, Teilhabe, Kultur, gute Arbeit und gute Löhne sind das, was alle zum Leben benötigen. Dazu brauchen wir eine Politik der Landesentwicklung, die Lösungen bietet – für finanzschwache Kommunen ebenso wie für finanzstarke. Eine Politik für mehr Entscheidungskompetenzen vor Ort, sowohl in den Landkreisen als auch in den Gemeinden. Eine Politik, die finanzielle Ressourcen für die Kommunal- und Regionalpolitik bündelt und bereitstellt.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt erweitert den Blick: Die Absicherung der Daseinsvorsorge ist schon lange kein alleiniges Thema des ländlichen Raumes mehr; der ländliche Raum reicht bereits bis weit in die großen Städte hinein. Auch hier sind die Außenbereiche abends oder am Wochenende vom öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) abgehängt. Diesen Umstand müssen wir berücksichtigen. Alle Programme zur Förderung des ländlichen Raums und zum demografischen Wandel sollen mit dem Ziel evaluiert werden, die wirklich hilfreichen Lösungsvorschläge herauszufinden und zu verallgemeinern. Förderprogramme müssen den Problemen vor Ort folgen und nicht die Probleme den Kriterien angepasst werden.

Kita und Schule als soziale Anker in der Gemeinde

Mit der Schule und der Kindertagesstätte (Kita) vor Ort verbinden viele Menschen soziales Leben in der Gemeinde. Junge Familien brauchen die Sicherheit, dass ihre Kinder gut betreut werden. Nicht zuletzt sind sie die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern. Wir teilen das Motto »Kurze Beine – Kurze Wege« und setzen uns für den Erhalt der wohnortnahen Kinderbetreuung ein. Für die Landesgrenzen übergreifende Kostenübernahme für Kita-Betreuung müssen Länderverträge abgeschlossen werden. Das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) gehört dahingehend überarbeitet.

Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden sollen mehr Mitsprache bei der Planung der Schulstandorte haben und flexibler entscheiden können als derzeit. Wir wollen die Schulen in Sachsen-

Anhalt nicht durch starre Größenvorgaben des Landes gefährden. Dazu müssen wir die schwere Aufgabe lösen, mehr Lehrkräfte als uns altersbedingt verlassen für die Arbeit an den Schulen in unserem Land zu gewinnen. Wir wollen gemeinsam mit Lehrerverbänden, Eltern- und Schülervertretungen und Hochschulen Konzepte entwickeln und erproben, die es auch kleinen Landschulen ermöglichen, ein umfassendes und hochwertiges Bildungsangebot vorzuhalten. Dazu sollen die regionalen Potenziale erschlossen und im Sinne der Öffnung von Schule für den Lernprozess nutzbar gemacht werden.

Wir schlagen die stärkere Nutzung von Schulnetzwerken vor. In diesen Netzwerken können Schulen aller Schulformen kooperieren. Wir werden die Möglichkeit prüfen, solchen Schulnetzwerken einen gemeinsamen Stellenpool für Lehrkräfte und weitere pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuzuweisen, den sie in eigener Verantwortung flexibel bewirtschaften können.

Gesundheitsversorgung in allen Regionen sichern

Wir wollen die Krankenhausstandorte im Land erhalten und ihre finanzielle Ausstattung verbessern. Eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern lehnen wir ab.

Mit einer Stärkung der planerischen Zuständigkeit des Landes wollen wir den Erhalt der öffentlichen Krankenhäuser durch eine effektivere Verteilung von grund- und spezialmedizinischen Angeboten zwischen den Einrichtungen und Regionen nachhaltig sichern. Eine sinnvolle Kooperation ermöglicht wirtschaftliches Arbeiten statt einer ruinösen Konkurrenz. Eine dauerhafte, bedarfsdeckende Investitionspauschale kann Planungssicherheit insbesondere für die kommunalen Häuser sichern. Die Mittel des Landes für die Krankenhausinvestitionen will DIE LINKE. Sachsen-Anhalt vollständig auf eine Pauschalförderung umstellen. Unnötige Kosten für ein bürokratisches Beantragungs- und Genehmigungsverfahren der sogenannten Einzelfallförderung sind damit entbehrlich.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Lange Wartezeiten auf Termine und lange Anfahrtswege zu medizinischen Einrichtungen gehören für viele Menschen zu ihren Alltagserfahrungen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Krankenhäuser für die ärztliche Versorgung in der Fläche zu nutzen.

Landambulatorien mit regionalen Nebenstellen sowie die Bereitschaftspraxen an den Krankenhäusern sind dafür Möglichkeiten. In diesen Praxen stehen Räume zur Verfügung, in denen Ärzte und Therapeuten Behandlungszeiten anbieten können, ohne dafür eine eigene bzw. zusätzliche Praxis einrichten zu müssen.

Medizinstudentinnen und -studenten, die sich für eine Tätigkeit im ländlichen Raum entscheiden, wollen wir fördern. Hierbei zielt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sowohl auf den Ausbau der Stipendienangebote – gegebenenfalls verbunden mit einer Landarztverpflichtung – als auch auf ein gezieltes Praktika-Programm ab. Darüber hinaus sollen die Rahmenbedingungen für niedergelassene Allgemeinmediziner deutlich verbessert werden. Eine finanzielle und strukturelle Erleichterung zur Einrichtung einer eigenen Arztpraxis und zum Anstellen von Ärztinnen und Ärzten bietet den Rahmen für eine flächendeckende medizinische Versorgung.

Zudem wollen wir prüfen, Studiengänge für neue medizinisch-akademische Ausbildungsberufe auch in Sachsen-Anhalt zu etablieren, wie etwa den Physician Assistent – ein Berufsbild, das in vielen Ländern bereits die Arbeit der Medizinerinnen und Mediziner entlastet. Wir treten für den Ausbau arztentlastender Dienste als ein modernisiertes Gemeindeschwesterkonzept ein. Diese Fachkräfte sind in der Regel an Medizinische Versorgungszentren angeschlossen und unterstützen in abgelegenen Regionen die Versorgung chronisch kranker Menschen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern hat Sachsen-Anhalt die Einführung von Pflegestützpunkten abgelehnt und ist stattdessen den Weg der sogenannten vernetzten Pflegeberatung gegangen. Der Evaluationsbericht dazu macht deutlich, dass dieser Weg falsch war. Die Anzahl und die Qualität der regionalen Angebote werden als unzureichend bewertet. Wir treten deshalb weiterhin für die Einführung von Pflegestützpunkten ein.

Regionale Gesundheitsziele, Fragen der Gesundheitsförderung, der Prävention und der Versorgung in der jeweiligen Region werden durch die Regionalen Gesundheitskonferenzen erfasst, analysiert, diskutiert, Empfehlungen erarbeitet, deren Umsetzungsmaßnahmen koordiniert und breit kommuniziert. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, alle Bereiche der Gesundheitsversorgung besser miteinander zu verknüpfen. Dazu wird es notwendig sein, mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren in der Region bedarfsgerechte und auch unkonventionelle Lösungen zu erstreiten, modellhafte Projekte der Versorgung auszuprobieren und Maßnahmen zur Umsetzung zu begleiten.

Grundversorgung mobil denken

Rufbusse, regelmäßig verkehrende Minibusse sowie mobile Läden und Büchereien sind wichtige Mobilitätshilfen für die Bevölkerung im ländlichen Raum. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will für den ländlichen Raum Förderprogramme zur Anschaffung bzw. zum Umbau von Fahrzeugen für rollende Lebensmittelläden, Bibliotheken u. ä. auflegen.

Darüber hinaus will DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ein Konzept namens »Soziale Assistenz« etablieren. Es soll ein Baustein unseres Arbeitsmarktkonzeptes »Gemeinwohlarbeit« werden. Ältere Menschen sollen im Alltag unterstützt werden, zum Beispiel durch Fahrdienste zum Arzt, zur Behörde, zu Angehörigen oder für den Service-Einkauf. Bezahlte Leistungen im Pflegesektor reichen nicht aus, um Patientinnen und Patienten genügend menschliche Aufmerksamkeit widmen zu können. Wir wollen die soziale Assistenz als eine sinnvolle Ergänzung bestehender Dienste etablieren und so auch tariflich bezahlte Arbeit im ländlichen Raum schaffen.

Kommunale Selbstverwaltung statt zentraler Förderkorsetts

Das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen nach unseren Vorstellungen 24 Mittelzentren in Sachsen-Anhalt sein. Diese müssen in jedem Landstrich wichtige soziale, kulturelle und infrastrukturelle Angebote vorhalten und vom Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln problemlos mindestens zweimal am Tag erreichbar sein. Sie sollen gerade in den Teilen des Landes Sachsen-Anhalt, die besonders stark von Bevölkerungsverlust betroffen sind, als verlässliche Zentren landesplanerisch gefördert werden. Keine Region darf von der gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten sein. Deshalb ist es wichtig, die fünf Planungsregionen des Landes (Altmark, Harz, Anhalt, Magdeburg und Halle) zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Entwicklungspotenziale zu entfalten.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt der bisher geltenden raumplanerischen Kategorie des Grundzentrums das Konzept des Grundzentralen Versorgungsraums entgegen. Die Einheits- oder Verbandsgemeinden müssen mit größeren Handlungsspielräumen ausgestattet werden. Deren Gemeindevertreter sollen darüber entscheiden, welche, wo und wie viel Infrastruktur vorgehalten wird. Das Konzept des Grundzentralen Versorgungsraums muss parallel laufen mit den Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches (FAG), statt die Kommunen zu zwingen, den ministeriellen Förderprogrammen hinterherzulaufen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt spricht sich für eine Stärkung der Regionalbudgets aus. Neben EU-Strukturfondsmitteln, Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe »Regionale Wirtschaftsförderung«

und Landesfördermitteln könnten sie z. B. die kommunale Investitions- oder Straßenunterhaltungspauschale ablösen.

Bürgernahe Verwaltung garantieren – öffentlichen Dienst stärken

Bürgeranliegen gehören in die Rathäuser. Dazu müssen ortsnahe Verwaltungen auch bürgernah aufgestellt sein. Sie sind als Eingangsportale zum Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu entwickeln. Die Grundlage dafür schafft eine umfassende Aufgabenverlagerung von den Landkreisen auf die Städte und Gemeinden. Sie ist seit Jahren überfällig, wir setzen sie um! Dazu schaffen wir die rechtlichen Grundlagen, nutzen die technischen Möglichkeiten und setzen uns für vielfältige Angebote der Fort- und Weiterbildung für die Beschäftigten ein.

Mobile Bürgerbüros können den Bürgerinnen und Bürgern lange Anfahrtswege ersparen. Wir setzen uns für die Einführung eines E-Government-Gesetzes ein, um die elektronische Kommunikation zwischen Verwaltung, Bürgerinnen, Bürgern und Räten zu erleichtern und einfachere, nutzerfreundlichere und effizientere elektronische Verwaltungsdienste anbieten zu können. Zum Teil erschweren hohe Gebühren den gesetzlich garantierten Zugang zu Behördeninformationen. Wir fordern als einen ersten Schritt zu einem modernen Transparenzgesetz in Sachsen-Anhalt den kostenlosen Zugang zu Informationen der Landesbehörden. Dabei gilt für uns: »Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen«. Wir wollen im Transparenzgesetz ein Open-Data-Portal festschreiben und damit einen Kulturwandel in den öffentlichen Verwaltungen einleiten. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit soll dafür gestärkt werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine stärkere Nutzung von freier und quelloffener Software in den Einrichtungen der Landesverwaltung ein.

Eine moderne Verwaltung braucht qualifizierte und motivierte Menschen. Wer gute Arbeit des öffentlichen Dienstes erwartet, muss auch gute Arbeit im öffentlichen Dienst garantieren. Dazu müssen attraktive Arbeitsbedingungen weiter ausgebaut werden. Der politisch motivierte Personalabbau ist sofort zu stoppen! Die eigenen Ausbildungskapazitäten sind wieder aufzustocken, Neueinstellungen müssen bedarfsorientiert und flexibel ermöglicht werden. Modernes Wissen und jahrelange Berufserfahrungen müssen zusammengeführt werden.

Eine moderne Verwaltung zu gestalten, kann nur mit den Beschäftigten realisiert werden. Deshalb werden wir endlich eines der modernsten Personalvertretungsgesetze des öffentlichen Dienstes auf den Weg bringen. Im Kern geht es um mehr Mitbestimmungsrechte bei innerdienstlichen Angelegenheiten und die Berücksichtigung aller Beschäftigungsgruppen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunikationssensibilität, interkulturelle Kompetenz und Konfliktlösung bzw. -schlichtung stärker zur Praxis von Verwaltungshandeln werden. Wir werben dafür, alle Aufgaben der verschiedenen Verwaltungsstellen und Behörden in den Landkreisen und kreisfreien Städten, die für die Belange von Zuwanderinnen und Zuwanderern zuständig sind, in einer Anlauf- und Servicestelle zusammenzuführen. So können Kommunikationswege vereinfacht, Beratungsangebote gebündelt und Verwaltungsabläufe besser aufeinander abgestimmt werden.

Gemeinschaftliches und generationsübergreifendes Wohnen

Dem Anspruch vieler Menschen, bis ins hohe Alter in den eigenen vier Wänden zu bleiben, sollte barrierefreies Wohnen im barrierefreien Umfeld Rechnung tragen. Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sind für uns dabei wichtige Partner, um Familien oder Wohngemeinschaften den Raum zu geben, neue Wohnformen zu ermöglichen. Statt der individualisierten Wohneigentumsförderung wollen wir innovative Wohnkonzepte fördern. Dazu zählen zum Beispiel Mehrgenerationen-Wohnprojekte bzw. andere Formen betreuten Wohnens, in denen die

Generationen voneinander lernen und sich gegenseitig helfen können. Auch notwendige Umzugsassistenten könnten solche Wohnformen unterstützen.

Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt wird zunehmend älter. Ein viel zu großer Anteil wird durch die Wohnkosten unzumutbar belastet. Das Bedürfnis, in städtischen Regionen zu leben, steigt. Gleichzeitig wollen wir sichern, dass für Flüchtlinge und Zugewanderte ausreichend Wohnungen für ein menschenwürdiges Leben zur Verfügung gestellt werden. Das stellt die Wohnungspolitik vor große Herausforderungen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will eine Wohnungsbauförderung, die vorrangig auf Renovierung und auf Ausbau statt Neubau ausgerichtet wird. Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen müssen dabei die Möglichkeit haben, ihre finanzielle Situation verlässlich und stabil zu gestalten. Dazu ist u.a. der bisherige zielgenaue und bedarfsgerechte Einsatz von rückzahlbaren Fördermitteln für die Schaffung von altersgerechtem, barrierefreiem und energieeffizientem Wohnraum zu überprüfen. Die Rückläufe aus dem Landesanteil früherer Förderungen sollen zweckgebunden dem Landes-Wohnungsbauvermögen und der Förderung für Umbaumaßnahmen, Schuldenentlastung, Wiederertüchtigung von Leerstand und sozialem Quartiersmanagement zufließen. Damit soll neben der Schaffung bedarfsgerechter, energieeffizienter und bezahlbarer Wohnungen auch eine vom Land (zwischen)finanzierte Anschlusslösung zur Altschuldenerleichterung geleistet werden.

Die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Fortführung des Stadtumbaus gilt es zu verbessern. Für den Um- und Rückbau von schlechter Wohnsubstanz und die Verbesserung von Wohn- und Lebensqualität muss die Förderung des Landes erhöht werden. Das Land muss gegenüber dem Bund auf eine langfristige Planungssicherheit bei den Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau Ost hinwirken. Erforderlich ist eine abschließende Lösung der Belastung durch Altschulden für die Wohnungsunternehmen durch den Bund.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich ein für eine Stadtplanung und -gestaltung, die soziale Unterschiede nicht weiter zementiert. Wir wollen gutes und energiesparendes Wohnen auch für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen gewährleisten, modern und inmitten des gemeindlichen Lebens. Dazu werden wir entsprechend der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt prüfen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang das im März 2015 auf Bundesebene beschlossene Mietrechtsnovellierungsgesetz angewendet werden muss, um steigende Mietpreise zu dämpfen. Wir setzen uns zugleich für eine Wohngeldreform ein, bei der Wohngeld und Heizkostenzuschuss sowie die Einkommensgrenzen für den Zuschuss regelmäßig an den aktuellen Preisindex angepasst werden. Um die Kommunen finanziell zu entlasten, setzen wir uns weiter dafür ein, den Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft stetig zu erhöhen.

Verlässlicher Schutz vor Gefahren und Hilfe in Notlagen

Im Notfall kommt es auf schnelle Hilfe an. In abgelegenen Regionen gewinnen der Brandschutz, die Hilfe durch den Rettungsdienst oder die Gefahrenabwehr im Fall von Katastrophen eine besondere Bedeutung. Die Feuerwehren sind ein zentrales Element der Abwehr der Brandgefahr, der Brandbekämpfung und der Hilfeleistung bei Unglücksfällen. Ehrenamtliche Feuerwehren dürfen nicht die Aufgaben von Betriebs- und Berufsfeuerwehren übertragen bekommen, wenn diese mit ihrem erhöhten Gefahrenpotenzial und den besonderen Ansprüchen an Spezialisierung und Ausstattung die Möglichkeiten der Kommune übersteigen.

Zudem gehören die Freiwilligen Feuerwehren (FFW) in vielen Regionen zu den identitätsstiftenden Einrichtungen. Die Feuerwehren der Kommunen müssen entsprechend ihrer Aufgaben gut ausgestattet, ausgebildet und einsatzbereit sein. Daraus notwendigerweise entstehende Lasten dürfen nicht allein den Kommunen überlassen werden, hier ist ebenso das Land in der Pflicht. Bei Kin-

dern und Jugendlichen ist die Freude an der Ausübung dieses Ehrenamtes zu wecken, ein personelles Bindeglied zwischen den Freiwilligen Feuerwehren und den Schulen in den Kommunen kann und muss dies befördern.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich deshalb für eine verstärkte Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit der vielen Angehörigen der FFW ein. Wir müssen bei den Arbeitgebern ein Umdenken erreichen, damit Mitgliedern der FFW und des Katastrophenschutzes die Ausübung ihres Ehrenamtes nicht erschwert oder sogar unmöglich gemacht wird. Dazu müssen die Arbeitgeberverbände mit einbezogen werden, um im gemeinsamen Dialog Lösungen zu finden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Zusammenlegung des Rettungsdienstes und des Bereitschaftsdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung ein. Die Rettungsleitstellen sollen beides koordinieren. So wird die Notfallhilfe aus einer Hand möglich. Eine weitere Privatisierung der Rettungsdienste soll ausgeschlossen werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für die Beibehaltung der bisherigen kommunalen bzw. gemeinnützigen Trägerschaft im Rettungsdienst ein.

Drogenprävention und Hilfen für Suchtkranke

Weder die Kriminalisierung noch die Unterscheidung in legale und illegale Substanzen schränken die Verfügbarkeit oder den Konsum von Drogen wirksam ein. Wir setzen statt auf Repression auf Hilfen für Abhängige und auf Prävention und Aufklärung für einen verantwortungsvollen Umgang mit Rauschmitteln. Dazu gehört auch der differenzierte Umgang mit Substanzen – statt Alkohol und Nikotin zu bagatellisieren und Cannabis zu dämonisieren. Die Regulierung der Cannabisabgabe, z.B. in Cannabisclubs mit Altersbeschränkung, ist die einzige Möglichkeit, den Kinder- und Jugendschutz (wie bei der Alkoholabgabe) sowie die Stoffzusammensetzung zu kontrollieren. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Erhöhung der sogenannten geringen Mengen ein, bei denen von der Strafverfolgung abgesehen werden kann.

Von besonderer Brisanz ist die wachsende Ausbreitung des Methamphetamins Crystal und anderer synthetischer Drogen. Die »Crystalwelle« hat Sachsen-Anhalt schon lange erfasst und zieht gnadenlos weiter. Die Droge ist so billig, dass selbst Schüler sie vom Taschengeld bezahlen können und entwickelt sich zur Modedroge – mit verheerenden Folgen. Die sehr schnelle Abhängigkeit, steigende Gewaltbereitschaft und körperliche, geistige und seelische Schädigungen sind nur einige der Negativfolgen für die Betroffenen, ihre Familien und für die Allgemeinheit.

Insbesondere muss die Prävention an Schulen verstärkt werden. Die Aufklärung über Gebrauch sowie Folgen des Missbrauchs muss frühzeitig beginnen und darf legale und illegale Substanzen weder dämonisieren noch verharmlosen.

Alkohol und Tabak sind ebenso gesundheitsschädlich wie illegale Drogen und können zu schweren Störungen führen. Deshalb müssen auch hier Möglichkeiten zur besseren Betreuung und Behandlung von Suchtkrankheiten geschaffen werden. Ärztinnen und Ärzte müssen bei der Bereitstellung von Substitutionsangeboten mehr Unterstützungsmöglichkeiten erhalten. Drogenberatungs- und Behandlungsstellen sind an aktuelle Gegebenheiten anzupassen. Konsumräume und Drugchecking-Einrichtungen sind als Mittel der modernen Drogenberatung unverzichtbar.

Betroffenen muss bei der Überwindung ihrer Abhängigkeit eine kostenfreie und schnellere Begleitung und Betreuung ermöglicht werden. Es braucht mehr Behandlungsangebote für Süchtige mit Kindern, im Vergleich zu anderen Drogen konsumieren besonders viele Frauen und junge Mütter Crystal.

Für einen zügigen Netzausbau in allen Regionen

Ein leistungsfähiger und schneller Zugang zum Internet ist für viele Menschen eine Frage von Lebensqualität geworden. Als vielfach notwendige Bedingung für den Zugang zu Information und Dienstleistung ist er Teil der Daseinsvorsorge. In ländlichen wie auch in städtischen Regionen behindern fehlende Angebote die demokratische Teilhabe ebenso wie den Zugang zu alltagsunterstützenden Dienstleistungen.

Wir setzen uns für die Förderung eines vorrangig leitungsgebundenen Netzausbaus ein, die neben privatwirtschaftlichen Unternehmen und der flankierenden staatlichen Förderung in der sogenannten Wirtschaftlichkeitslücke auch die finanzielle Unterstützung von öffentlichen Netzbetreibern landesweit ermöglicht. Damit möchten wir kommunale Internetdienstleister oder Netzbetreiber und deren Anbindung an die nächsten Internet-Knoten unterstützen. Um den Netzausbau voranzutreiben, wollen wir den Landkreisen zinsfreie Kredite für zehn Jahre zur Kofinanzierung der Eigenanteile aus den EU-Strukturfonds der Periode 2014 bis 2020 zur Verfügung stellen. Wir wollen landesrechtliche Möglichkeiten nutzen, um öffentliche Förderung an die Bedingungen der Netzneutralität zu koppeln. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, Internetangebote über kostenfreies WLAN im öffentlichen Raum, in öffentlichen Gebäuden sowie im öffentlichen Personennahverkehr durch gezielte Förderung zu stärken.

Förderung von Sport als soziale und integrative Aufgabe

Das sportliche Engagement in den Vereinen und Verbänden hat für uns eine wichtige soziale Bedeutung. Insbesondere Kinder und Jugendliche lernen dort gemeinschaftliches Miteinander in Verbindung mit sportlichem Wettbewerb. Die verlässliche Förderung der Vereine sowie vielfältige Angebote von Bewegung, Spiel und Sport vor allem in Kitas und Schulen wollen wir sichern. Kinder und Jugendliche sollen Sportstätten in den Städten und Gemeinden kostenfrei nutzen dürfen. Ein bedarfsdeckendes Netz von öffentlichen Schwimmhallen muss den schulischen Schwimmunterricht im Rahmen des Lehrplanes ermöglichen. Ebenso werden wir die Ausbildung neuer Übungsleiter und Trainer fördern.

Wir unterstützen die Vereine in ihrem sozialen Anliegen, Flüchtlinge und Asylsuchende zu integrieren und sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Homophobie stark zu machen ebenso wie das Engagement von Fanprojekten im Fußball gegen Rassismus und Gewalt.

Ehrenamtliches Engagement stärken

Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern. Sie sichern den sozialen Zusammenhalt, unterstützen Projekte und Hilfsangebote für Menschen in Not oder prekären Lebenssituationen, ermöglichen sportliches Engagement oder helfen beim Lernen. Nicht zuletzt das politische Ehrenamt trägt dazu bei, dass demokratische Teilhabe erfahrbar und Demokratie im alltäglichen Leben lebendig verankert wird.

Das Ehrenamt braucht unterstützende Strukturen und Netzwerke. Dazu gehören die landesweit tätigen Vereine und Interessenverbände. Wir wollen die Arbeit der Freiwilligenagenturen in Sachsen-Anhalt auch künftig unterstützen, durch verlässliche Finanzierung ebenso wie durch die Förderung vielfältiger Ideen. Insbesondere Kooperationsmöglichkeiten mit Kindertagesstätten und Schulen, mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sind uns wichtig. Das gemeinschaftliche oder individuelle ehrenamtliche Engagement von Schülerinnen und Schülern wollen wir unterstützen und wertschätzen und auch dafür die Anerkennungskultur verbessern.

Für uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement nicht zum Wirtschaftsfaktor degradiert werden oder als Ersatz für den Rückzug aus eigentlich

staatlicher Verantwortung dienen. Ehrenamtliche Tätigkeit bedarf, vor allem im Sport und in der Jugendarbeit, einer hauptamtlichen Basis.

Ehrenamtliches Engagement braucht Räume, sich zu entfalten. Deshalb wollen wir alle Chancen politischer Gestaltung nutzen, um berufliche Tätigkeit mit ehrenamtlichem Einsatz vereinbar zu gestalten. Ehrenamtliche Arbeit muss unabhängig vom eigenen Einkommen möglich sein. Dazu gehören auch Möglichkeiten der Freistellung in den Unternehmen, an den Hochschulen oder in Schulen. Für ehrenamtlich arbeitende Menschen mit Assistenzbedarf soll dieser als Teilhabeleistung anerkannt und gewährt werden.

Wir setzen uns ein für einen umfassenden Versicherungsschutz ehrenamtlich Tätiger. Unterschiedliche Formen von öffentlicher Anerkennung und Ehrung wollen wir fördern.

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Aufwandsentschädigungen für geleistete Ehrenamtsarbeit voll umfänglich anrechnungsfrei sind.

II. Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Wir stehen ein für ein gesellschaftliches Miteinander, das Individualität, Vielfalt und Solidarität wertschätzt. Wir streiten für die selbstverständliche Einbeziehung von Unterschiedlichkeit, für eine inklusive Bildungskultur. Inklusion beinhaltet nicht nur den Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderungen, sondern demokratische Teilhabe für alle. Der Umbau vieler sozialer Hilfesysteme vom Sonderstatus hin zu gemeinsamen Angeboten bleibt für uns in allen Politikbereichen ein entscheidendes Leitbild, an dem wir unsere sozialpolitischen Vorhaben messen lassen wollen.

Familien fördern, Alleinerziehende stärken, Armut bekämpfen

Noch immer ist Sachsen-Anhalt ein Land, in dem viele Menschen von Armut betroffen und damit von sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind. Verfestigte Arbeitslosigkeit ist ein besonderes Problem, über die Hälfte der Erwerbslosen sind bereits länger als vier Jahre auf ALG II angewiesen. Alleinerziehende haben es besonders schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Beinahe ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt sind gemeinsam mit ihren Familien von Armut gefährdet, mehr als ein Viertel dieser Kinder müssen von Hartz IV leben. Darüber darf man nicht schweigen. Die Sozialberichterstattung des Landes wollen wir so gestalten, dass mit Hilfe belastbarer und vergleichbarer Daten über mehrere Jahre hinweg Entwicklungen und Ausmaß von Armut und Ausgrenzung offengelegt werden. Das soll mit vielfältigen Maßnahmen und Vorschlägen zur Bekämpfung von Armut und ihrer Folgen mit den politischen Mitteln und Möglichkeiten aller Ressorts verbunden werden.

Ein Schlüssel für die Bekämpfung von Kinderarmut liegt in der Beseitigung der Armut von Eltern. Auch aus der Landespolitik heraus werden wir uns für eine restriktionsfreie und armutsfeste Grundsicherung einsetzen. Im Land werden wir dafür eintreten, dass alle Unterstützungs- und Hilfesysteme darauf ausgerichtet werden, die Folgen von Armut zu bekämpfen und Ausgrenzung abzubauen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Angeboten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere den Kindertagesstätten, und den Schulen zu.

Dazu gehört für uns, am Recht auf einen Ganztagsanspruch in der Kita – auch für Kinder erwerbsloser Eltern – festzuhalten. Wir wollen allen Kindern das gemeinsame Lernen in den Regelschulen ermöglichen. Der Ausbau von Ganztagschulen ist für uns ein Schlüssel, allen Kindern eine selbstbestimmte und angebotsreiche Entwicklung zu ermöglichen.

Der Zugang zu frühkindlicher Bildung stellt entscheidende Weichen für den Bildungserfolg von Kindern. Auch für die Vereinbarkeit von Elternschaft und beruflicher Verwirklichung ist er ein wichtiger Baustein. Die notwendig wachsenden Ausgaben für die Kinderbetreuung können von den Eltern nicht allein bewältigt werden. Wir wollen verhindern, sie unangemessen hoch an den Kosten zu beteiligen.

Kinder- und Jugendpolitik, die auf Teilhabe und Bildung setzt

Das Land fördert in vielfältiger Weise Angebote der Kinder- und Jugendarbeit – sowohl in den Regionen als auch landesweit. Die pauschale Förderung durch das Fachkräfteprogramm und die Jugendpauschale wollen wir auch in den nächsten Jahren verlässlich und auf stabilem Niveau sichern. Die außerschulische Jugendbildung als Form der demokratischen Teilhabe wollen wir weiter stärken. Träger der Jugendarbeit sollen langfristig planen können. Daher müssen Fördermittelbescheide endlich fristgerecht ergehen.

Die Vertretungen der Kinder- und Jugendverbände – insbesondere der Kinder- und Jugendring – sind für uns wichtige Partner bei der Gestaltung von Politik in Sachsen-Anhalt. Junge Menschen können in Jugendverbänden Erfahrungen sammeln, sich ausprobieren und fürs Leben lernen. Sie bestimmen Richtung, Angebot und Inhalt der verbandlichen Arbeit. Die Jugendverbandsarbeit ist damit wichtiger Identifikations- und Haltefaktor für viele Heranwachsende im Land und demokratisches Lernfeld. Jugendverbände müssen daher gefördert und in demokratischen Entscheidungsprozessen gehört werden.

Ein Schwerpunkt für uns ist es, vor allem Kinder und Jugendliche an politischen Prozessen teilhaben und mitentscheiden zu lassen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Teilnahme an Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden ebenso wie das aktive Wählen zu den Landtagswahlen bereits im Alter von 14 Jahren zu ermöglichen. Die Schule als Ort demokratischen Lernens muss Kindern und Jugendlichen echte Mitentscheidungsmöglichkeiten einräumen, um Erfahrungen mit der Übernahme von Verantwortung sammeln zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass sich mehr Schulen für eine Drittelparität in der Gesamtkonferenz entscheiden. Außerdem wollen wir Projekte unterstützen, die demokratische Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern erlebbar machen.

Der Zugang zu kulturellen Einrichtungen gestaltet sich vor allem in den ländlichen Räumen für Kinder und Jugendliche schwieriger als in den größeren Städten. Mit den erzielten finanziellen Mitteln aus unserem Kulturfördergesetz wollen wir vor allem den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Einrichtungen der kulturellen Bildung – darunter Musikschulen und Bibliotheken – verbessern.

Soziale Beratung – regional ausgewogen und gut erreichbar

Für Menschen in sozialen Not- oder Entscheidungssituationen gibt es vielfältige Beratungs- und Hilfsangebote. Dazu gehören die Schwangerschaftsberatung, Erziehungs- und Familienberatung oder die Beratung für Menschen, die in finanzielle Notlagen geraten sind. Wir treten weiter dafür ein, in Verbindung mit einer angemessenen finanziellen Beteiligung des Landes die Gestaltungskompetenz der Landkreise zu stärken – im Sinne von dezentraler Zuständigkeit, für eine bessere Nutzung von Synergieeffekten und effektive Orientierung am Bedarf vor Ort.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, diese Angebote regional ausgewogen, für alle gut erreichbar zu erhalten. Soziale Probleme von Menschen sind vielschichtig miteinander verwoben. Beratungsangebote müssen dem gerecht werden durch Vernetzung und Kooperation zwischen speziellen Hilfen und auch zwischen unterschiedlichen Trägern. Unser Ziel ist es, dass sich die tarifliche Bezahlung in den Beratungsangeboten des Landes und der Kommunen an den

Bedingungen des öffentlichen Dienstes orientiert. Auch die Fördermittel des Landes müssen diesem Anspruch gerecht werden.

Schutz und verlässliche Hilfe bei Gewalt

Eine wichtige Aufgabe ist die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt. Diese kann Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Alters und ihres Status auch in sozialen Verhältnissen jenseits von Krieg und Verfolgung drohen. Wir legen besonderes Augenmerk auf den Schutz von Menschen, die von Gewalt und Diskriminierung bedroht sind, und fördern entsprechende Beratungsangebote.

Frauen und Kinder sind besonders von häuslicher Gewalt bedroht. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, dass die Betroffenen sicher, schnell, unbürokratisch und bedarfsgerecht Schutz und qualifizierte Hilfe in einem Frauenhaus oder einer Frauenschutzwohnung erhalten können. Psychologische Betreuung, auch für Kinder, ist zu gewährleisten. Zugangs-, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderungen sind zu verbessern.

Die Finanzierung der Frauenhäuser muss langfristig gesichert werden. Das betrifft sowohl die Personal- als auch die Sachkosten einschließlich investiver Mittel mit dem Ziel einer räumlich und personell barrierefreien und guten Ausstattung der Frauenhäuser. Zahlungen für Frauenhäuser sind keine freiwilligen Leistungen, sondern Pflichtaufgaben der Kommunen im eigenen Wirkungskreis. Wir fordern eine bedarfsgerechte Anhebung der Zuweisungen im Finanzausgleichsgesetz (FAG), um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Barrierefreiheit – ein Gewinn für alle

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat dem Anspruch der Barrierefreiheit eine zwingende Rechtsgrundlage gegeben. Barrierefreiheit entscheidet vielerorts über Lebensqualität – für Ältere, für Jüngere, für Eltern und ihre Kinder, für Menschen mit und ohne Behinderungen. Barrierefreiheit ist ein Gewinn für alle. Sie beschränkt sich nicht auf den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, sondern meint ebenso Leitsysteme im Innern oder die Nutzung von vorhandenen Ressourcen auch für Menschen mit besonderen Beeinträchtigungen: Braille- und Pyramidenschrift in öffentlichen Gebäuden, Formulare in leichter Sprache, Gebärdendolmetschen wichtiger öffentlicher Ereignisse.

Sanierung und Neubau im Land müssen Schritt für Schritt zur Herstellung von Barrierefreiheit an und in öffentlichen Gebäuden genutzt werden. Das Baurecht darf keine Ausnahmen mehr zulassen. Die Standards der DIN-Verordnung 18040 sind für uns der Maßstab. Wo mit öffentlichen Mitteln gebaut wird, muss Barrierefreiheit gelten. Alle künftig aufzulegenden Programme für Neubau oder zur baulichen Sanierung müssen sich daran messen lassen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will zur Unterstützung einer umfassenden und nachhaltigen Umsetzung von Barrierefreiheit eine unabhängige Fachstelle mit hauptamtlichem Personal und verlässlicher Finanzierung einrichten.

Barrierefreiheit muss auch in digitalen Angeboten gewährleistet werden. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0) konsequent in den Landesbehörden angewandt wird. Insbesondere sollen Websites der Landesregierung an geltende Standards der Barrierefreiheit angepasst werden.

Menschen mit Behinderungen brauchen Nachteilsausgleich

Das Sozialgesetzbuch ebenso wie die Gesetze des Landes sehen vielfältige Formen des Nachteilsausgleiches vor. Das Blindengeldgesetz ist für uns keine Quelle zur Haushaltssanierung, sondern ermöglicht den Ausgleich für Mehraufwand und Benachteiligung. Mit den Mitteln der Eingliederungshilfe wollen wir stärker individuell passgerechte Lösungen schaffen, die selbstbestimmtes Wohnen und Arbeiten auch für Menschen mit hohem Assistenzbedarf ermöglichen. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sind für uns auch in Zukunft ein starkes Angebot, um eine sinnvolle Erwerbstätigkeit für Menschen mit geistiger Behinderung anzubieten. Dennoch werden wir uns stark machen, um immer mehr Beschäftigten aus den Werkstätten Arbeitsplätze in Unternehmen – darunter auch in Integrationsbetrieben – zu ermöglichen. Eine rückläufige öffentliche Förderung integrativ arbeitender Unternehmen darf nicht deren Wirtschaftskraft gefährden. Hier müssen Integrationsbestrebungen mit Hilfe des Persönlichen Budgets mehr eingesetzt und auch die Firmen in ihrem Engagement intensiv unterstützt werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hält einen neuen Rahmenvertrag mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der Eingliederungshilfe für erforderlich. Die bestehenden Leistungstypen sind überaltert und müssen der Prämisse »ambulant vor stationär« sowie den Maßgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere Artikel 19 zur freien Wahl der Wohnform, angepasst werden.

An das zu erwartende Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen richten wir die Forderung, die Eingliederungshilfe künftig als einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich zu gestalten. Denn Menschen mit Behinderungen dürfen nicht auf ewig für ein gutes Einkommen mit Leistungsabzug bestraft werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich ein für den Ausbau des Integrationsfachdienstes mit Angeboten einer umfassenden Inklusionsbegleitung im ersten Arbeitsmarkt. Vor allem kleine und mittelständische Betriebe sollen beraten werden über die Fördermöglichkeiten bei der Ausbildung von Menschen mit Behinderung sowie über Hilfen beim Abbau von Barrieren in den Ausbildungsstätten. Wir wollen möglichst vielen Menschen mit Behinderungen eine an ihren Fähigkeiten orientierte Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Der öffentliche Dienst muss hierbei weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen.

Engagement und Kompetenzen von Seniorinnen und Senioren nutzen

In einer älter werdenden Gesellschaft erheben Seniorinnen und Senioren zu Recht Anspruch auf stärkere Teilhabe. Sie wollen auch in dieser Lebensphase nach ihrer Lebenserfahrung und Kompetenz gefragt werden. Ihr Rat und ihr Engagement sind ein Gewinn, den wir für das Gemeinwesen stärker nutzbar machen wollen. Wir wollen die Mitwirkungsrechte von Seniorinnen und Senioren auf der jeweiligen Ebene konkreter ausgestalten und dazu ein Seniorenmitwirkungsgesetz initiieren, das die Rechte von Seniorinnen und Senioren auf der Landesebene regelt.

Wir fordern ein Umsteuern in der Rentenpolitik des Bundes, die Rente muss wieder den Lebensstandard im Alter absichern können. Der Rentenwert in Ostdeutschland soll an das Niveau in Westdeutschland angeglichen werden.

III. Wirtschaft, gute Arbeit, Nachhaltigkeit

Unser Land steht vor allem im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung vor großen Herausforderungen. Das Wirtschaftswachstum stagniert seit zehn Jahren, nach wie vor wandern vor allem junge und gut ausgebildete Menschen aus Sachsen-Anhalt ab. Und es zeigt sich, dass an-

dere ostdeutsche Bundesländer trotz vergleichbarer Bedingungen stärker voranschreiten. Unsicherheit und prekäre Beschäftigung aufgrund der seit Jahren verfolgten Niedriglohnstrategie haben ihren Teil zur negativen wirtschaftlichen Entwicklung und Abwanderung beigetragen. Die Menschen haben kaum von der Wirtschaftspolitik der Landesregierung profitiert, ihre wirtschaftliche Situation hat sich nur geringfügig verbessert. Bei den Bruttolöhnen und -gehältern belegt Sachsen-Anhalt seit über zehn Jahren einen hinteren Platz im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern und ist nach wie vor durch einen hohen Anteil an prekärer und atypischer Beschäftigung – z.B. Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit, Befristungen – gekennzeichnet.

Das Land verfügt auf der anderen Seite über beachtliche innovative, wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale, die dank der Initiative der Menschen vor Ort in den vergangenen Jahren modernisiert oder neu gestaltet wurden. Hier will DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ansetzen für die politische und soziale Gestaltung regional verankerter, wissensbasierter Ökonomie. Wir forcieren eine Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die sich an sozialen und ökologischen Kriterien orientiert. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht im Erhalt und in der Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze, im sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowie in der gleichberechtigten Teilhabe aller am Arbeitsmarkt die grundlegenden Ziele der Wirtschaftspolitik. Unsere Wirtschaftspolitik soll sich von dem Leitmotiv einer ressourcensparenden, nachhaltigen und sozial orientierten Lebens-, Siedlungs- und Wirtschaftsweise leiten lassen. Motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für uns unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

Wirtschaftsförderung ohne Skandale

Die Wirtschaftsförderung unter der bisherigen Landesregierung ist erschüttert von Skandalen: undurchsichtige Vergabe, Missbrauch von Geldern, Vetternwirtschaft. Solche Machenschaften gehören an die Öffentlichkeit und müssen beendet werden.

Die Förderung der Wirtschaft mit öffentlichen Geldern wollen wir umfassend und konsequent umgestalten. Unser Ziel ist es, eine Wirtschaftspolitik für alle Unternehmen im Land zu schaffen und nicht für wenige Einzelne. Wir wollen der Kleinteiligkeit unserer Wirtschaft mit regionalen Wertschöpfungsketten und Unternehmensnetzwerken Rechnung tragen und sie als Chance begreifen. Deshalb fordert DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ein neues Verständnis von Wirtschaftsförderung und einen neuen ressortübergreifenden Ansatz weg von der Unternehmensförderung hin zur nachhaltigen Standortentwicklung. Nur eine gezielte, nachhaltige, auf Innovationen und regionale Wirtschaftskreisläufe konzentrierte Entwicklung ist aus unserer Sicht geeignet, die Wirtschaft langfristig voranzubringen. Dabei ist es unerlässlich, die finanzielle Unterstützung von Unternehmen nicht nur an die Zahl von Arbeitsplätzen, sondern auch an die Qualität der Arbeit, ökologische Kriterien, den Einsatz für Forschung und Entwicklung und die Gleichstellung der Geschlechter zu binden. Denn die beste Form einer Wirtschaftsförderung, die Politik leisten kann, ist »Investitionen in Köpfe« voranzubringen. Das bedeutet für uns faire, leistungsgerechte Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten Vollzeit Arbeitsplätzen – vor allem in der Forschung und Entwicklung im Unternehmen – oder die Frage nach der Gewährung des Rechts von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich einen Betriebsrat zu wählen. Wenn Unternehmen energieeffizienter und ressourcensparend produzieren, dann soll sich das lohnen.

Betriebliche Mitbestimmung ist eine lange erkämpfte demokratische Errungenschaft. In nur 25 Prozent der Unternehmen in Sachsen-Anhalt gibt es Betriebsräte, die für die Interessen der Belegschaft arbeiten können. In einigen Fällen werden Betriebsratswahlen verhindert oder aber vorhandene Betriebsräte massiv unter Druck gesetzt. Für uns ist die Verankerung der betrieblichen Mitbestimmung ein Kriterium zum Erhalt von Fördergeldern des Landes. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich nachdrücklich dafür ein, die betriebliche Mitbestimmung auch bei kirchli-

chen und freien Trägern deutlich zu erweitern und auf das Niveau des öffentlichen Bereichs und der Privatwirtschaft anzuheben. Weiterhin fordern wir die Einführung eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften. Dies nähme den Druck von einzelnen Beschäftigten, die gegen das Unterlaufen von Tarifverträgen in ihrem Betrieb klagen wollen. Wir wollen die Mitbestimmung bei Landesbediensteten stärken, indem wir das Landespersonalvertretungsgesetz reformieren.

Mit der Förderung von Forschung und Entwicklung sollen innovative Unternehmenskonzepte unterstützt werden. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen müssen eingebunden werden in regionale Wirtschaftskreisläufe. Wirtschaftspolitik darf nicht im Tunnelblick von Einzelförderung steckenbleiben. Netzwerke wollen wir unterstützen und weiterentwickeln: beim Forschen, beim Verkaufen, beim Vermarkten. Die Förderung einer vernünftigen Balance zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen Beruf und Familie liegt auch in der Verantwortung von Unternehmen. Wir setzen uns dafür ein, familienfreundliches Engagement zu honorieren.

Genossenschaften sind positive Beispiele demokratisch verfassten und solidarischen Wirtschaftens. Sie sollen gemeinsam mit öffentlichen Unternehmen in Zukunft stärker an Förderprogrammen partizipieren können. Mit Ausnahme der Bereiche für Forschung und Entwicklung streben wir eine deutliche Erhöhung des Anteils zinsgünstiger Darlehen bei allen Fördermaßnahmen an, um das Risiko verlorener Zuschüsse zu minimieren. Hinzu kommt eine Erweiterung der Möglichkeiten des Einsatzes spezieller Fonds über die Investitionsbank Sachsen-Anhalt.

Kommunale Wirtschaftsunternehmen, Stadtwerke ohne oder mit Beteiligung privater Investoren sowie Zweckverbände sind wichtige und unverzichtbare Bestandteile der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt. Sie haben eine enorme Bedeutung für die Sicherung von Beschäftigung und Daseinsvorsorge, vor allem im ländlichen Raum. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will deshalb gemeinsam mit den Kommunen die Kommunalwirtschaft zu einem Vorreiter der regionalen Wertschöpfung durch beispielhafte Beschäftigungs- und Lohnpolitik sowie Wirtschaftsdemokratie entwickeln. Da kommunale Unternehmen gleichberechtigt mit privaten Unternehmen agieren, soll der Wettbewerb vor allem über Qualität und leistungsgerechte Angebote gestaltet werden.

Das Handwerk ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaftslandschaft und prägt die regionale Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt entscheidend mit. Es leistet einen wichtigen Beitrag bei der Ausbildung junger Menschen und ist von hoher beschäftigungspolitischer Bedeutung. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will das Handwerk und den Mittelstand auch in Zukunft weiter unterstützen. Vor allem in den Bereichen Berufsausbildung und Unternehmensnachfolge wollen wir mit gezielten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung beitragen.

Um Sachsen-Anhalt voranzubringen, brauchen wir in erster Linie kreative Köpfe. Diesen müssen wir hier in Sachsen-Anhalt eine Perspektive geben. Zur Standortentwicklung gehört für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt damit auch, Fachkräften wie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein gutes Wohn- und Arbeitsumfeld zu bieten, indem wir Kultur- und Freizeit-, Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten erhalten, weiter ausbauen und attraktiv gestalten.

Forschung und Entwicklung als Zukunftsfaktor

Die Stärkung des Innovationspotenzials des Landes wird ganz entscheidend sein für dessen weitere wirtschaftliche Entwicklung. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht in dem Ausbau des Sektors der wissenschafts- und forschungsorientierten Unternehmen und Serviceunternehmen für Technologietransfer, Beratung und Qualifikation einen Schwerpunkt zur Stärkung genau dieses Innovationspotenzials.

Wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung wird es sein, dass sich vor allem leistungsfähige und innovative Startup-Unternehmen, die durch Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungsin-

stituten hervorgegangen sind, auf dem Markt etablieren. Das setzt in allererster Linie die Entwicklung einer Kultur der Unternehmensgründung voraus. Hier besteht ein großes, zum Teil noch ungenutztes Potenzial. Dazu braucht es eine Existenzgründerstrategie, die sich an den jeweiligen spezifischen Bedürfnissen orientiert und bei der Ideenfindung beginnt, bis zur Markteinführung des Produkts führt, dort aber nicht endet. Neben der Bereitstellung von Fördermitteln sind die Beratung, Begleitung, Qualifizierung und der Erfahrungsaustausch über den gesamten Innovationsprozess entscheidend für den Erfolg. Dies bedeutet auch, Gründerinnen und Gründer sozial abzusichern, z.B. durch Zuschüsse zur Krankenversicherung und Altersvorsorge.

Die Innovationspolitik des Landes ist außerdem auf eine Stärkung der Forschungs- und Entwicklungspotenziale in den Unternehmen zu richten. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegen in Sachsen-Anhalt deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Wegen des geringen Anteils privater Forschungs- und Entwicklungsausgaben fällt der Landespolitik die Aufgabe zu, Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. Der Transfer von Wissenschaft und Wirtschaft ist gemeinsam mit den Wirtschafts-kammern und -verbänden über Gründerzentren und Netzwerke deutlich stärker als bisher unternehmensnah zu entwickeln.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, Landesmittel für Forschung und Entwicklung gezielter für die Entwicklung innovativer Produkte der kleinen und mittelständischen Unternehmen des Landes und zur strategischen Sicherung der Rohstoffbasis für die einheimische Wirtschaft durch die Gewinnung neuartiger Rohstoffe auf der Basis von Kohlenstoff, wie Biomasse oder Braunkohle, sowie für die Entwicklung neuartiger Stoffkreisläufe einzusetzen. Damit sollen vor allem Forschung und Entwicklung in den einheimischen Unternehmen gestärkt werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Wiederaufnahme der Patentförderung ein und sieht in deren Abschaffung einen Grund für die einbrechenden Patentanmeldungen der vergangenen Jahre.

Die Grundlagenforschung auf Gebieten wie der Nanotechnologie, der Biotechnologie einschließlich moderner Methoden in der Gentechnik, aber auch der Entwicklung neuer Speichertechnologien für elektrische Energie birgt durchaus auch Risiken, die über Ängste und Befürchtungen zu einer vollständigen Ablehnung führen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine transparente öffentliche Begleitung sowie eine Technologiefolgeabschätzung ein, um Risiken zu minimieren und Ängste abzubauen.

Im Zeitalter der wissensbasierten und zunehmend digitalisierten Produktionsweise ist auch auf die weitere Entwicklung der industriellen Basis zu achten. Mit den Debatten zu Industrie 4.0 und Arbeiten 4.0 gilt es, die mit der voranschreitenden Technik einhergehenden Umgestaltungen der Arbeitswelt und ihre politischen Folgen vorausschauend aufzugreifen und aktiv zu begleiten. Wir werden dafür ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Niedriglohnpolitik ade – Vergabegesetz durchsetzen

Wir wollen in Köpfe investieren und Haltefaktoren für Fachkräfte schaffen. Lange Jahre hieß die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung »Arbeit um jeden Preis«, einhergehend mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors, der Leiharbeit und von Werkverträgen. Dreizehn Jahre dieser Politik bzw. Werben mit niedrigen Löhnen und Lohnstückkosten haben ihre Spuren im Land hinterlassen. Während Sachsen, Brandenburg und Thüringen stetige Zuwächse bei der Zahl der Erwerbstätigen verzeichnen können, sinken diese in Sachsen-Anhalt immer mehr und liegen mittlerweile bei unter einer Million. Ein »Weiter so« kann es nicht geben. Seit 2002 gingen im Land insgesamt über 30 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Die Senkung der Arbeitslosigkeit ging damit nicht mit der Schaffung neuer Arbeitsverhältnisse einher, sondern resultierte hauptsächlich aus dem Rückgang der Zahl potenzieller Arbeitskräfte, sei es durch den Wegzug von jungen Menschen oder den Eintritt älterer Menschen in den Ruhestand. Was im Gegenzug seit 2002 kontinuierlich wächst, ist die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor.

Unser Gegenmodell ist ein neues Normalarbeitsverhältnis, das Modell »guter Arbeit«: unbefristet, gut bezahlt, gleich verteilt zwischen den Geschlechtern, mit Mitbestimmung und Beteiligungsrechten am Produktionsprozess versehen, flexibel für Beschäftigte, nicht nur für die Unternehmen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir setzen auf schrittweise Arbeitszeitverkürzung, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf stärkeres betriebliches Gesundheitsmanagement sowie auf gerechtere Verteilung von Arbeit. Der seit Jahren schleichenden Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes in immer mehr Wirtschaftsbereichen wollen wir entgegenwirken und Sonntagsarbeit auf das erforderliche Minimum beschränken. Bei der Vergabe von Ausnahmegewilligungen soll von der jeweils zuständigen Branchengewerkschaft eine Stellungnahme erfolgen.

Die Förderung neuer Arbeitsplätze mit öffentlichen Mitteln wollen wir mit einem Mindestjahreseinkommen – verbunden mit anderen Kriterien guter Arbeit – verknüpfen. Auch das sind gute Gründe für junge Fachkräfte, hier zu bleiben. Deshalb wollen wir die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Tariftreue in den Unternehmen und eine Lohnuntergrenze von 10 Euro pro Arbeitsstunde koppeln. Darüber liegende tariflich vereinbarte Stundenlöhne dürfen dadurch nicht unterlaufen werden. Gute Ausbildungsbedingungen sind auch vor dem Hintergrund fehlender Fachkräfte wichtig. Wir wollen gemeinsam mit den Kammern Unternehmen ermutigen, auch jungen Menschen mit ungünstigeren Startchancen eine Ausbildung zu ermöglichen. Im europäischen Rahmen muss der Facharbeiterabschluss gleichberechtigt anerkannt werden.

In einer modernen Wissensgesellschaft kommt für die wirtschaftliche Entwicklung der Verfügbarkeit von Fachkräften eine enorme Bedeutung zu. Sie sind Garanten für Qualitätsarbeit in Betrieben und für deren Entwicklung. Seit Jahren wird nun schon ein Fachkräftemangel prognostiziert. Dieser zeigt sich allerdings sehr unterschiedlich in seiner Ausprägung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Berufen. Daher setzt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt darauf, sowohl im Land ausgebildeten als auch zugewanderten Fachkräften hier eine Perspektive zu bieten. Neben der Sicherung der Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehen wir auch in der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen ein erhebliches Potenzial. Die entsprechenden Verfahren müssen deutlich beschleunigt, ihre Gebühren sozialverträglich ausgestaltet werden. Wir werden das Anerkennungsgesetz des Landes daraufhin überprüfen und gegebenenfalls entsprechend ändern.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird Bundesratsinitiativen initiieren und unterstützen, die u.a. Gesetze zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis, zu existenzsichernden Mindestlöhnen, zur Einführung einer armutsfesten Grundsicherung, zur Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften beinhalten.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine bessere Bezahlung von Auszubildenden, Praktikantinnen und Praktikanten ein.

Wir halten eine sozial gerechte Regulierung von Leiharbeit für unumgänglich. Diese muss folgenden Grundsätzen folgen: Verkürzung der möglichen Überlassungszeiten, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Flexibilitätszuschläge, Schutz regulärer Beschäftigungsverhältnisse sowie betriebliche Mitbestimmung über den Einsatz von Leiharbeitnehmern. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will dazu im Bundesrat für die Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sowie des Betriebsverfassungsgesetzes und für die Einführung eines Gesetzes zur Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen eintreten.

Würdige Perspektiven für Menschen nach langjähriger Erwerbslosigkeit

Über 110 000 Menschen in Sachsen-Anhalt sind ohne Erwerbsarbeit. Das Land hat im bundesweiten Vergleich den höchsten Anteil der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen. Die Teilhabe an Erwerbsarbeit ist für diese Menschen eine Frage von Würde und von angemessenem Einkommen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will ein Projekt »Gemeinwohlarbeit« initiieren, das gute Erfahrungen mit der Bürgerarbeit mit deutlich besseren Arbeitsbedingungen verbindet. Die Arbeitsplätze sollen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, tariflich oder ortsüblich entlohnt werden und voll versicherungspflichtig sein, was eine Arbeitslosenversicherung einschließt. Diese Gemeinwohlarbeit soll Arbeitsmöglichkeiten schaffen, die von den Kommunen mangels finanzieller Spielräume nicht angeboten werden können, für private Unternehmen vor Ort jedoch nicht profitabel sind. Dazu gehören Aufgaben der sozialen Assistenz, der Flüchtlingsarbeit, Kultur, Sport- und Umweltarbeit, Projekte der Betreuung von Jugendlichen, von Seniorinnen und Senioren. Gemeinwohlarbeit ist in öffentlichem Interesse und stärkt die soziale Infrastruktur. Kommunale Pflichtaufgaben soll sie jedoch nicht ersetzen. Die Gemeinwohlarbeit ermöglicht gleichzeitig Angebote zur Qualifizierung und Betreuung. Die Beschäftigungsträger sollen über die Eignung der Bewerberinnen und Bewerber für die Gemeinwohlarbeit befinden. Vor allem Motivation, Qualifikation und persönliche Eignung sollen entscheidend sein.

Landwirtschaft als Faktor regionaler Entwicklung

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht für eine nachhaltige Landwirtschaft, die sich nicht nur betriebswirtschaftlichen Kriterien unterordnet. Sie leistet einerseits einen erheblichen Beitrag zu regionalen Wirtschafts- und Stoffkreisläufen, andererseits aber auch zu einer ausgewogenen und stabilen Beschäftigungsstruktur im ländlichen Raum. Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft hat auch eine sozialpolitische Dimension. Der Einsatz öffentlicher Fördermittel in der Landwirtschaft muss sich an Kriterien wie dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, der Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktion im Einklang mit dem Schutz von Tieren und Umwelt orientieren.

Der Boden gehört in die Hände der Menschen im Dorf. Die Politik der Landesregierung hat in den vergangenen Jahren zu Verschiebungen in den Eigentumsverhältnissen geführt, die einer nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft abträglich sind. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt akzeptiert eine Vielfalt von Eigentumsformen. Sie setzt sich nachdrücklich für die Regulierung des Grundstücksverkehrs zur Verhinderung von Spekulation mit landwirtschaftlichen Nutzflächen ein. Der Grundstücksverkehr einschließlich des Pachtverkehrs soll genehmigungspflichtig gestaltet werden, um an ökologischen Kriterien und Biodiversität orientierter Flächenbewirtschaftung den Vorrang zu geben. Preisobergrenzen sollen den bestehenden landwirtschaftlichen Betrieben, vor allem den Agrargenossenschaften, die gleichberechtigte Teilnahme am Grundstücksverkehr ermöglichen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht in der Erzeugung von Biogas durchaus Potenzial für die Energiewende. Biogas dient der Wärme- und Stromversorgung, ist kontinuierlich produzier- und speicherbar und kann somit für die Verstärkung des Angebots an erneuerbaren Energien genutzt werden. Dabei ist allerdings nachdrücklich auf eine Substratvielfalt für Biogasanlagen zu achten, um vorrangig Abfall- und Reststoffe landwirtschaftlicher Unternehmen zu verwerten. Energiepflanzen sollen nur in einem ökologisch verträglichen Maß produziert werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für die vorrangige Förderung einer Wertschöpfung vor Ort ein. Lange Transportwege von Tieren, landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen sind weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar. Daher bedarf es einer Investitionsförderung, die eine lokale Veredelung landwirtschaftlicher Produkte bevorzugt.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine tierschutzgerechte und regional verträgliche Tierhaltung ein. Deshalb werden wir eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die – abhängig von der regionalen Futtermittelproduktion, den verfügbaren Flächen und den Möglichkeiten der Verwertung der Abfallprodukte – regionale Obergrenzen für Tierhaltungsanlagen fest schreibt. Investitionen sollen einer artgerechten Tierhaltung sowie dem Schutz der Umwelt, besonders der Oberflächengewässer und des Grundwassers, dienen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, anerkannten Tierschutzverbänden im Interesse der Einhaltung des Tierschutzes ein Verbandsklagerecht einzuräumen.

Traditionelle Nutzungsformen, die in hohem Maße dem Naturhaushalt und der Landschaftspflege dienen, möchten wir bewahren und besonders fördern. Dazu gehören die Ziegen- und Schafzucht und die Imkerei. Eine Besonderheit innerhalb der landwirtschaftlichen Strukturen Sachsens-Anhalts bildet der Weinanbau im Süden des Landes. Der Weinbau an Saale und Unstrut erfolgt auf terrassierten Weinbergen in Steillagen. Wir wollen dieses prägende Merkmal für die Kulturlandschaft erhalten, indem wir z.B. die Instandhaltung von Trockenmauern in den Weinbergen fördern.

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt haben der Bestand und die Sicherung von Kleingartenanlagen neben dem ökologischen Aspekt eine wichtige soziale und gesundheitsfördernde Funktion. Mit dieser Form von Freizeitbeschäftigung werden einerseits wesentliche unentgeltliche Leistungen der Grünpflege für die Kommunen erbracht, andererseits kostengünstige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und Erholung geboten. Kleingärten sind als grüne Lernorte ein wesentlicher Beitrag zu naturnahem Gärtnern und zur Umweltbildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Kleingärten sind unverzichtbarer Bestandteil des Öffentlichen Grüns – sie sind in Wohnortnähe eine gute Ergänzung für Parks und Grünanlagen und ein Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt lehnt konventionelle Agro-Gentechnik und Bio-Patente ab. Wir setzen uns dafür ein, den Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern bundesweit zu unterbinden.

Das Ökosystem Wald bewahren

Der Waldbestand in Sachsen-Anhalt ist nicht nur Erholungsort, sondern auch Rohstofflieferant und Ökosystem. In seiner Funktion als Wasser- und Klimaregulator ist er zu schützen. Wir stehen für eine naturnahe Waldbewirtschaftung im Einklang mit den sozial-ökologischen Zielen. Deshalb setzt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf eine Forstwirtschaft nach den Maßstäben der Zertifizierungsorganisationen, insbesondere des Siegels des Forest Stewardship Council (FSC) .

Nachhaltige Nutzung der Ressource Holz heißt für uns, die Deckung des Bedarfs der Holzverarbeitenden Industrie, des Holzverarbeitenden Handwerks sowie des Bedarfs von Holz als Energieträger an den Erfordernissen des Natur- und Artenschutzes zu orientieren. Sachsen-Anhalt hat sehr große Forstreviere, die schon jetzt eine Bewirtschaftung in guter forstwirtschaftlicher Praxis erschweren. Eine weitere Vergrößerung ist weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Neue Strukturen in der Verwaltung und die Bewirtschaftung der landeseigenen Waldflächen sind auch keine Alternative. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich stattdessen dafür ein, über Neueinstellungen den Personalbestand bei Försterinnen und Förstern zu stabilisieren.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht sich dafür stark, dass die forstwirtschaftlichen Flächen der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) im öffentlichen Eigentum bleiben. Darüber hinaus wenden wir uns konsequent gegen die weitere Privatisierung von Waldflächen, die sich im Besitz des Landes oder von Kommunen befinden.

Den Tourismusstandort weiterentwickeln

Der Tourismus gewinnt für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen und die Entwicklung in den ländlich geprägten Räumen Sachsen-Anhalts zunehmend an Bedeutung. Der Wettbewerb zwischen vielen anziehenden Urlaubsregionen erfordert ständig neue und attraktive Angebote. Sachsen-Anhalt ist reich an Geschichte, Kunst und Kultur, Naturschätzen und auch Industriedenkmalern. Aus der Region kommen für die Musik- und Geistesstradition bedeutende Persönlichkeiten. Dazu zählen unter anderem Georg Friedrich Händel, einer der namhaftesten Komponisten der Barockmusik, und Kurt Weill, einer der einflussreichsten Komponisten des zwanzigsten Jahrhunderts. Sachsen-Anhalt ist als Musikland, mit der Straße der Romanik oder den Stätten der Reformation ein touristischer Anziehungspunkt. Ebenso bedeutend für die Attraktivität des Landes sind Natur- und Flusslandschaften wie der Harz, der Brocken, die Altmark, die Dübener Heide, die Elbauen oder das Burgenland. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für die Förderung von sanftem und naturnahem Tourismus ein. Wir setzen vorrangig auf die Unterstützung attraktiver und bezahlbarer touristischer Angebote auch für mittlere und untere Einkommensgruppen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht den Ausbau einer touristischen Infrastruktur überwiegend als kommunale Aufgabe. Die notwendige Förderung der Pflege und des Ausbaus von Wander-, Rad- und Reitwegen muss zukünftig deutlich vereinfacht werden. Wir plädieren ausdrücklich dafür, den Elberadweg wie in den Nachbarländern Sachsen und Brandenburg auf die Deiche zu verlegen. Mit einer solchen Anlage an Flusslandschaften würde die Attraktivität von Radwegen generell zunehmen. Beim Ausbau der notwendigen touristischen Infrastruktur wollen wir insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen fördern.

Wir setzen uns für eine stärkere Verzahnung von Erlebnis- und Kulturtourismus mit Gesundheits- und Wellness-tourismus ein, um zusätzliche touristische Potenziale erschließen zu können. Nicht nur hier hat für uns die Barrierefreiheit höchste Priorität.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt müssen sich umweltpolitische Zielstellungen in möglichst allen Politikfeldern widerspiegeln. Um dies zu gewährleisten, treten wir für die Bildung eines Nachhaltigkeitsbeirates des Landtages ein, der durch Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbände besetzt wird, den Landtag in allen Fragen einer nachhaltigen Entwicklung berät sowie Vorschläge und Erwartungen formuliert. Noch 2016 soll dazu eine Nachhaltigkeitskonferenz durchgeführt werden – als Auftakt eines Paradigmenwechsels in der Landespolitik Sachsen-Anhalts.

Ein wichtiger Beitrag für den Erhalt der Umwelt ist eine andere und stringente Politik zur Sicherung unserer Natur- und Kulturlandschaft. Hier braucht es eine wesentlich stärkere Fokussierung auf eine schnelle Sicherung der NATURA 2000-Gebiete. Grüne Infrastrukturmaßnahmen gewinnen in Zukunft an Bedeutung. Der ehemalige innerdeutsche Grenzstreifen – »Das Grüne Band« – ist ein Vorzeigeprojekt für die grüne Infrastruktur und soll bundesländerübergreifenden Schutz erhalten. Wir werden im Rahmen der Biotop- und Gewässerentwicklung den Naturschutzrichtlinien der Europäischen Union endlich die verdiente Aufmerksamkeit schenken. Den Südharz wollen wir möglichst länderübergreifend als UNESCO-Biosphärenreservat ausbauen und im Drömling den Naturpark zum Biosphärenreservat entwickeln. Der Umgang mit der Elbe als Wasserstraße muss so gestaltet werden, dass diese Natur- und Kulturlandschaft dauerhaft erhalten bleibt.

Die dramatischen Ereignisse des Hochwassers in den Jahren 2002 und 2013 sind vielen im Gedächtnis geblieben. Es muss mehr Platz, mehr »Auslauffläche« für alle Fließgewässer schon bei leicht erhöhten Wasserständen geschaffen werden. Deichrückverlegungen, Polderflächen und Renaturierungen sind – wo immer möglich – zu forcieren. Das geht nicht ohne eine verbindliche Regelung zur Entschädigung der Landnutzerinnen und -nutzer bei Inanspruchnahme der Flächen. Wasser kennt keine Grenzen. Daher ist es nötig, Hochwasserschutz länderübergreifend zu orga-

nisieren. Dafür muss es auch eine nicht ausschließlich gewinnorientierte Talsperrenbewirtschaftung geben.

Für die soziale und ökologische Energiewende

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht in der Dezentralisierung der Energieversorgung eine Perspektive, die sowohl wirtschaftlichen und sozialen als auch ökologischen Aspekten gerecht werden kann. Hinzu kommt das wichtige Element der realen Bürgerbeteiligung an der Energiewende und der Demokratisierung der Energiewirtschaft. Träger einer solchen Entwicklung sind aus unserer Sicht nicht die großen Energiekonzerne, sondern lokale Unternehmen von Stadtwerken bis hin zu Energiegenossenschaften. Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand, aus unserer Sicht eben auch die Produktion und Verteilung von Energie. Dezentrale Modelle zur Energieversorgung in den Städten und Dörfern sind nachhaltiger und daher vorrangig zu entwickeln. Hierbei wollen wir kommunale Eigentumsformen und Genossenschaften fördern, da sie die Möglichkeit einer demokratischen Mitsprache durch die Verbraucher sichern. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich auch für die Unterstützung von Initiativen ein, die sich für eine weitgehende Selbstversorgung mit Energie in ihren Regionen und Kommunen engagieren.

Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht, demokratisch und vor allem ökologisch gestaltet wird. Die Verstromung von Braunkohle ist ein Auslaufmodell, eine Kapazitätserweiterung daher überflüssig. Ein Konzept zum vollständigen Ausstieg aus der energetischen Nutzung von Braunkohle ist unerlässlich. Wir streben diesen in einem Zeitfenster von 2035 bis 2040 an. Daher werden wir Neuaufschlüsse von Tagebauen nicht unterstützen. Die verbleibenden Reserven sollen einer stofflichen Verwertung vorbehalten bleiben. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt unterstützt Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kohlechemie, aber die Entscheidung über eine stoffliche Nutzung in der chemischen Industrie oder für die Produktion von Montanwachsen soll aus unserer Sicht nachfolgenden Generationen überlassen werden. Einige Energiekonzerne sehen in der Technologie des Abscheidens und der anschließenden unterirdischen Lagerung von CO₂ eine Chance, die hohe Emission von Kohlekraftwerken zu senken. Da die Risiken der Verpressung des abgeschiedenen CO₂ aus unserer Sicht nicht beherrschbar sind, lehnt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt dieses Verfahren ab.

Auch das Fracking, das der zunehmend schwierigeren Ausbeutung noch vorhandener Lagerstätten fossiler Brennstoffe dient, lehnt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt aus vorwiegend ökologischen Gründen ab. Wir meinen, dass die Ära fossiler Energieträger ihrem Ende zugeht und setzen auf eine ökologische und soziale Energiewende.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt baut in der Energiewende ausdrücklich auf Innovation. Eine höhere Energieeffizienz von Solar- und Windkraftanlagen, die Entwicklung von Speichertechnologien wollen wir fördern. Intelligente Stromnetze (Smart Grid) und Stromzähler (Smart Meter) können helfen, unseren Energieverbrauch bewusster zu steuern. Im Gegensatz zu konventionellen Stromzählern bieten Smart Meter größere Transparenz über den Verbrauch und ermöglichen die Rückkoppelung mit dem Stromanbieter. Beim Ausbau von intelligenten Stromnetzen sind Datensicherheit, Anonymisierung der Daten und Kostenbegrenzung für Einbau und Betrieb besonders für Privathaushalte zwingend zu beachten.

Es gibt durchaus auch weitere interessante Ansätze, wie beispielsweise HYPOS (Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany). Im Rahmen dieses Projektes soll mit Hilfe von überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien der speicherfähige Energieträger Wasserstoff erzeugt werden. Wir setzen darauf, dass sowohl Forschung und Entwicklung als auch die technologische Umsetzung wirtschaftliche Perspektiven für Sachsen-Anhalt sein können.

Aus Sicht der LINKEN ist das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien zu überarbeiten. Neben einer Sicherheit für diejenigen, die in erneuerbare Energien für ihren Eigenverbrauch investieren und dabei auch die Einspeisevergütung mitkalkulieren, ist das Umlageprinzip auch bei den Netzkosten sozial nicht gerecht.

Beim notwendigen Netzausbau wollen wir die politischen Spielräume im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern nutzen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt dabei vorrangig auf den Ausbau der regionalen Verteilungsnetze und sieht den bisher geplanten Ausbau der Übertragungsnetze kritisch. Energie soll vor allem regional erzeugt und verbraucht werden und zur regionalen Wertschöpfung beitragen. Mit zunehmenden Speichermöglichkeiten und stofflichen Nutzungen wie beim HYPOS-Projekt zur Erzeugung von Wasserstoff kann das mehr und mehr gelingen.

Energiewende heißt auch effiziente Nutzung. Wir sehen in der energetischen Gebäudesanierung ein erhebliches Potenzial zur Senkung des Energieverbrauchs. Die Sanierung landeseigener Gebäude muss eine bestmögliche energetische Sanierung einschließen, Neubauten sollen Passivhausstandard haben.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Mittel der Europäischen Union und des Bundes für die Gestaltung der Energiewende zu bündeln. Wir werden ein Landesenergiekonzept auf den Weg bringen, das verbindliche Ziele für die Einsparung von CO₂-Emission, die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien festschreibt. Die Landesenergieagentur LENA soll ein Instrument zur Bündelung und Koordinierung der Aktivitäten auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien werden. Dazu muss sie intensiv an Projekten zur effizienten Nutzung von Energie arbeiten und umfangreiche Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten. Wir streben an, dass sie daneben wesentlich stärker an strategischen Zielen und Aufgabenstellungen in der Energiewende aus Sicht des Landes arbeiten soll.

Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sind soziale Aspekte der Energiewende besonders wichtig. Die Schwächsten der Gesellschaft dürfen nicht überproportional die finanziellen Lasten der Energiewende tragen. Die Zahl der Menschen, die ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können und mit Stromsperrern umgehen müssen, nimmt stetig zu. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass auf Bundesebene ein gesetzliches Verbot von Stromsperrern bei Zahlungsunfähigkeit umgesetzt wird und eine Mindestversorgung immer gewährleistet bleibt. Daneben werden wir prüfen, welche Möglichkeiten für die Einführung eines Sozialtarifs gegeben sind.

Die Energiewende ist auch ein wesentlicher Baustein zur Begrenzung des Klimawandels. Die Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen – sei es die Stromerzeugung, die Wärmeerzeugung zu Heizungs- oder Produktionszwecken und auch die Brennstoffnutzung in Motoren – ist die Ursache für den größten Teil der CO₂-Emissionen, die den Klimawandel weiter beschleunigen. Klimawandel heißt schon jetzt hier und weltweit Verschlechterung von Lebensbedingungen, die zurzeit noch besonders durch Folgen von extremen Wetterereignissen wahrgenommen werden, zunehmend aber Auswirkungen auf z.B. Landwirtschaft und Gesundheit spürbar werden. Die Beseitigung dieser Folgen verschlingt immer mehr materielle Ressourcen. Sachsen-Anhalt ist es bisher nicht gelungen, nach der Schließung der DDR-Industrieanlagen zu Beginn der 90er Jahre den CO₂-Ausstoß weiter zu senken. Auch deshalb werden wir uns intensiv für eine Einsparung von CO₂-Emissionen einsetzen und dies gesetzlich fixieren.

Mobilität sichern – bezahlbar und umweltschonend

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt plädiert für Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung sowie für moderne Antworten auf sich wandelnde Mobilitätsbedürfnisse in der Bevölkerung. Barrierefreie und kostengünstige Mobilitätsangebote für alle haben Priorität und sollen entsprechend gefördert werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich in Umsetzung des Personenbeförderungsgesetzes, das bis 2022 völlige Barrierefreiheit im ÖPNV fordert, für eine entsprechende Mittelbereitstellung durch den Bund ein.

Jede Gemeinde muss bedarfsgerecht an den öffentlichen Personennahverkehr angeschlossen sein. Der Bedarf definiert sich dabei nicht nur über Fahrgastzahlen, sondern immer stärker an der Bedeutung des Verkehrsträgers für die ganze Region, wie z.B. bei traditionsreichen Eisenbahnstrecken. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will dem Ausbau dieser Infrastruktur sowohl beim Mitteleinsatz als auch bei der planerischen Gestaltung und bei der personellen Ausstattung innerhalb der Landesverwaltung höhere Priorität einräumen. Mit hohen Qualitätsstandards wollen wir den ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr aufwerten. Dabei setzen wir auf umweltfreundliche Antriebssysteme. Mit kostengünstigen und ganzjährig geltenden Schüler-, Azubi-, Studenten- und Sozialtickets sowie einem landesweiten Tarifverbund will die LINKE. Sachsen-Anhalt die Attraktivität des ÖPNV im Land stärken. Die derzeit geltende Eigenbeteiligung von Schülerinnen und Schülern für den Schülerverkehr in Klasse 11, 12 und 13 ist eine Benachteiligung nicht nur für Familien mit geringem Einkommen. Deshalb wollen wir diesen Beitrag übernehmen. Auf der Suche nach ergänzenden Finanzierungsquellen für den ÖPNV wollen wir Pilotprojekte für einen fahrscheinlosen ÖPNV und weitere Modelle, wie z.B. den Öffentlichen Verkehrs-Beitrag fördern.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will, dass mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert bzw. über eine umweltschonende Binnenschifffahrt transportiert wird. Ebenso soll der Personenverkehr auf der Schiene gestärkt werden. Dafür bedarf es eines intakten Schienennetzes und einer aktiven Sicherung der Bahninfrastruktur. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch festzuschreiben, um sie später reaktivieren zu können. Im überregionalen Nahverkehr setzt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf eine Stärkung landesbedeutsamer Buslinien, die entsprechend mit dem Schienenpersonennahverkehr zu vertakten sind. Wir bekennen uns zu den landesbedeutsamen Fähren und unterstützen die Kommunen bei Betrieb und Unterhalt.

Sachsen-Anhalt ist durch seine zentrale Lage Transitland. Der damit verbundene Ausbau immer neuer Verkehrsadern führt zu erheblichen Einschnitten in das Landschaftsbild und zu Eingriffen in die natürliche Umwelt. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt respektiert getroffene Entscheidungen zum Ausbau zentraler Verkehrswege, setzt aber in der Verkehrspolitik andere Prioritäten. Die politische Entscheidung für den Ausbau der A14 ist seit langem gefallen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird aber kritisch die offenen Fragen der Trassenführung begleiten und einen hohen Standard beim Lärmschutz einfordern. Der Ausbau der B71 hat für uns eine höhere Priorität, daher werden wir ihn als vordringlich im Bundesverkehrswegeplan anmelden. Eine Verlängerung der B6n über die A9 hinaus ist aus unserer Sicht weder wirtschaftlich noch verkehrsplanerisch noch ökologisch vertretbar, wir lehnen diese daher ab.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will mit Verkehrsinvestitionen vorrangig die Werterhaltung fördern. Neubau soll es nur da geben, wo Ortsumfahrungen dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im ländlichen Raum verbessert werden muss. Wir setzen uns dafür ein, Transparenz und Bürgerbeteiligung bei Neubauprojekten von Landes-, Bundes- und Kommunalstraßen deutlich zu verbessern. Dazu ist es auch erforderlich, den Landesstraßenbaubetrieb finanziell und personell zu stärken.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird bei der planerischen Gestaltung der Verkehrswege den gewachsenen Mobilitätsbedürfnissen Rechnung tragen. Ein attraktives Angebot an Rad- und Fußwegen soll nicht nur die touristische Erschließung des Landes fördern, sondern auch im Alltag alternative Mobilitätsbedürfnisse zufriedenstellen.

Das Nacht-Logistikdrehkreuz am Flughafen Leipzig/Halle erfüllt wegen extrem belastender Arbeitsbedingungen bei niedrigen Löhnen, gesundheitsschädigendem Nachtfluglärm sowie wirtschaftlicher Verluste in zweistelliger Millionenhöhe pro Jahr in keiner Weise die Mindestanforderungen an gute Arbeit und an ökologische und volkswirtschaftliche Nachhaltigkeit. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt dafür ein, dass das Land Sachsen-Anhalt als Gesellschafter der Mitteldeutschen Flughafen AG sich nicht am Verlustausgleich für den Flughafen Leipzig/Halle beteiligt und dass die Nutzungsbedingungen des Flughafens wie Start- und Landegebühren den marktüblichen Bedingungen angepasst werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt unterstützt alle Initiativen, erforderliche Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anwohner deutlich voranzubringen und den Nachtflugverkehr zu reduzieren.

Eine militärische Nutzung des Flughafens lehnen wir nachdrücklich ab. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht ferner keine Notwendigkeit für die Entwicklung regionaler Verkehrsflughäfen mit Landesmitteln.

Wirksamer Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern

Mit Verbraucherschutz wird zunächst oft der traditionelle Bereich der Gesundheitsprävention und Ernährungssicherheit verbunden. Wir wollen weiter die Arbeit des Landesamtes für Verbraucherschutz gerade in diesem Bereich sicherstellen. Dazu gehören Lebensmittelkontrollen, Tests an Kinderspielzeug und Kleidung, Seuchenschutz, die Eindämmung von Krankenhauskeimen sowie der Arbeitsschutz.

Daneben berührt Verbraucherschutz immer mehr alle Bereiche unseres Alltags – von bezahlbaren Mieten über faire Verträge bis hin zu sicheren Daten im Internet. Verbraucherinnen und Verbraucher sind gegenüber den Herstellern von Produkten und Anbietern von Dienstleistungen oft benachteiligt, sei es bei näherer Information und Kontrolle oder dem Einfluss auf die Herstellungsbedingungen der Produkte. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt dafür ein, personell und finanziell die Arbeit der Verbraucherzentrale und des Landesamtes für Verbraucherschutz zu stärken. Wir fordern und unterstützen nach wie vor regionale Kennzeichnungspflichten, wie beispielsweise »Smileys« für Gaststätten. Um die Einhaltung und Durchsetzung des Verbraucherschutzes zu verbessern, wird sich DIE LINKE. Sachsen-Anhalt weiterhin für eine Bündelung der Kompetenzen in einem Landesministerium einsetzen.

IV. Bildung, Kultur, Wissensgesellschaft

Der Zugang zu Bildung, zum kulturellen Leben, zu Informationen und Kommunikation ist ein entscheidender Schlüssel für Chancengleichheit, für ein selbstbestimmtes Leben, für die Entfaltung der eigenen Ressourcen. Andererseits ist er wichtige Voraussetzung für eine Wissensgesellschaft, die sich frei, solidarisch und kreativ entwickeln kann. Bildungspolitik ist für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt inklusiv, demokratisch und selbstbestimmt.

Frühkindliche Bildung weiter qualifizieren

Inklusion ist Angelegenheit aller Kitas. Vielfalt darf nicht sortiert werden. Die unterschiedlichen Lebens- und Lernbedingungen von Kindern müssen auf Anerkennung treffen und im Bildungsprozess genutzt werden. Das Erleben eines demokratischen und sozialen Miteinanders beginnt in der Familie. Kitas unterstützen, begleiten und fördern diesen Prozess mit eigenen Formen der Beteiligung von Kindern an wichtigen Entscheidungen. Erzieherinnen und Erzieher haben dabei eine höchst verantwortungsvolle Aufgabe, das gemeinsame Lernen in der Kindertagesstätte zu organisieren und zu begleiten. Darin müssen sie gestärkt werden. Wir setzen uns für eine Qualifizierungsoffensive für die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kitas ein, die den Austausch von

Erfahrungen und Best Practice ermöglicht und Freiraum für aufmerksames und prüfendes Denken im pädagogischen Alltag schafft. Für uns ist die tarifgerechte Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher – orientiert am öffentlichen Dienst – in allen Einrichtungen unverzichtbar. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für eine Reform der Ausbildung ein. Neben der bestehenden Hochschulausbildung für Leiterinnen und Leiter sollen Studiengänge auch für weitere Fachkräfte an Kitas entwickelt werden. Gleichzeitig wollen wir Impulse geben, die Ausbildung zur Staatlich anerkannten Erzieherin oder zum Staatlich anerkannten Erzieher an den Fachschulen inhaltlich zu qualifizieren, praxisverbundener zu gestalten und die Gesamtausbildungszeit für junge Menschen mit Realschulabschluss oder Hochschulzugangsberechtigung zu verkürzen. Quereinstiege in den Beruf sollen erleichtert werden. Das Anerkennungsjahr soll Bestandteil der Ausbildung und damit förderfähig sein.

Eine Schule für alle Kinder: demokratisch und selbstbestimmt

Die Entwicklung von inklusiven Bildungsangeboten ist für uns ein unumkehrbarer Weg, der unterschiedliche soziale Lebens- und Lernbedingungen wertschätzt und für vielfältige Lernsituationen nutzbar macht. Die pädagogischen und didaktischen Herausforderungen des gemeinsamen Unterrichts wollen wir durch umfassende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Pädagoginnen und Pädagogen meistern. Vorhandene Ressourcen an Fachkräften wollen wir gemäß der regional unterschiedlichen Bedarfe zur Verfügung stellen. In der Zukunft sehen wir die Perspektive sonderpädagogischer Kompetenz vor allem an allen Regelschulen. Die Förderung von Kindern im gemeinsamen Unterricht braucht ausreichend personelle Unterstützung durch Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Fachkräfte in der Schulsozialarbeit. Die ausreichende, flexibel einsetzbare und präventive Versorgung mit Personal an der Schule wollen wir unabhängig von der Statusdiagnostik der Kinder sichern. Vor allem Schulen in sozialen Brennpunkten brauchen verlässliche personelle Unterstützung. Wir unterstützen die Kommunen, im Zuge von Sanierungen oder Neubau in den Schulen und in ihrem Umfeld umfassende Barrierefreiheit herzustellen.

Besondere Aufmerksamkeit werden wir einer guten Ausbildung von Kindern und Jugendlichen widmen, die mit Fluchterfahrungen in unser Land kommen. Im schulischen Alltag brauchen sie neben den notwendigen Angeboten von Sprachförderung und individueller Förderung vor allem das Erlebnis der Wertschätzung von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt. Wir wollen die Öffnung der Schulen ins gesellschaftliche Umfeld intensiv fördern und die Anregungen daraus für den Lernerfolg besser nutzen. Wir wollen die Lebensweltorientierung schulischen Lernens stärken. Dazu sollen die Möglichkeiten für unterschiedliche Kooperationen der Schulen mit außerschulischen Partnern erleichtert werden. Schulen sollen angeregt werden, dafür regional angepasste eigene Schulkonzepte zu entwickeln.

Gemeinschaftsschulen haben Zukunft. Sie entsprechen dem Wunsch vieler junger Menschen und ihrer Eltern nach längerem gemeinsamem Lernen. Auf unterschiedliche Bildungsgänge oder Bildungsangebote wollen wir weitgehend verzichten, um Bildungswege offen zu gestalten und praxisnah lernen zu können. Dafür ist die bisher übliche Schullaufbahneempfehlung überflüssig. Die Schulträger sollen die Möglichkeit haben, in den Gemeinschaftsschulen als ersetzende Schulform alle Bildungsangebote für eine Region vorzuhalten. So können sie besonders in den ländlichen Räumen ein leistungsfähiges Angebot sichern und unnötig lange Schulwege vermeiden helfen. Wir setzen uns dafür ein, dass Gemeinschaftsschulen demokratische, inklusive und praxisorientierte Schulen sind, an denen alle Schülerinnen und Schüler den Realschulabschluss, das Abitur oder die Fachhochschulreife anstreben können.

Noch immer gibt es viel zu wenig Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt, deren Bildungswege erfolgreich zum Abitur führen. Ihr Anteil liegt mit knapp 30 Prozent weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Wir setzen uns dafür ein, mehr Schülerinnen und Schülern den Weg zum

Abitur oder zur Fachhochschulreife zu ermöglichen. Statt frühzeitiger Auslese wollen wir, dass die Entscheidung über den gewählten Bildungsweg so lange wie möglich offen bleibt. Der Zugang zum Abitur für Sachsen-Anhalts Schülerinnen und Schüler soll fair, gerecht und vergleichbar zu anderen Bundesländern gestaltet werden. Wir wollen eine bessere Kooperation und mehr Absprachen zwischen den Bundesländern im Bereich der Bildung, auch um Abschlüsse und Bildungsinhalte einheitlicher zu gestalten.

In den Lehrplänen und Curricula aller Schulformen sollen sich die vielfältige Lebenswirklichkeit von Menschen und ihre unterschiedlichen Vorstellungen von Zusammenleben repräsentieren. Sie sollen dem Anspruch einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft gerecht werden, für die friedliche und zivile Konfliktlösung zu ihren Grundwerten gehört. Statt des Religionsunterrichts in Verantwortung der Kirchen wollen wir perspektivisch Schülerinnen und Schülern breitgefächerte Möglichkeiten einräumen, sich mit dem Wissen über die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen auseinanderzusetzen. Junge Menschen sollen in allen Fächern lernen, sich kritisch mit unterschiedlichen Erklärungsmustern und Theorien zu beschäftigen und sich eigene Standpunkte zu erarbeiten. Um Schülerinnen und Schülern dies zu ermöglichen, setzen wir uns dafür ein, dass sie analog zu unseren Plänen für ein Bildungsfreistellungsgesetz für Erwerbstätige ebenfalls – in begrenztem Maße – das Recht erhalten, für Bildungsveranstaltungen außerhalb der Schulen freigestellt zu werden.

Medienkompetenz ist schon heute eine der wesentlichen Eigenschaften, welche die Selbstbestimmung beeinflussen. Wir wollen den Erwerb von Medienkompetenz im Bildungssystem absichern. Wir wollen die pädagogischen Kräfte in den Schulen sowohl in der Aus- als auch in der Fortbildung dazu qualifizieren, diese Aufgaben wahrzunehmen. Für uns ist der Einsatz von digitaler Technik kein Aspekt der Wirtschaftsförderung, sondern des sinnvollen Einsatzes zur Anwendung moderner Lehrkonzepte.

Personalabbau stoppen – Unterrichtsversorgung sichern

Der Personalabbau in den vergangenen Jahren hat das bestehende Netz an Grundschulen und an Sekundarschulen gefährdet. Für eine gesicherte Unterrichtsversorgung brauchen wir mindestens 14 300 Vollzeitstellen im aktiven Schuldienst. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, diesen Stellenumfang im Landshaushalt festzuschreiben. Wir werden alles tun, um diese Stellen schnell und verantwortungsvoll besetzen zu können. Dafür müssen alle, die sich für eine Arbeit als Lehrerin oder Lehrer in Sachsen-Anhalt interessieren und die qualifiziert sind, eine Chance erhalten, hier eingestellt zu werden. Besondere Anstrengungen sind nötig, um Lehrkräfte auch für die ländlichen Räume zu gewinnen. Gemeinsam mit den Universitäten wollen wir die Studierenden bereits in ihrer Ausbildung für die Schulen auf dem Lande interessieren, sie bei Praktika und Vorbereitungsdiensten an Landschulen unterstützen. Unerlässlich für eine gute Schule sind Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen sowie pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Für beide Professionen braucht es eine dauerhafte Perspektive.

Lehrkräfte begleiten das Lernen mit vielfältigen und individuellen Angeboten, die Schülerinnen und Schüler in gemeinsamen Lerngruppen nutzen können und die sie zu selbstständigem und aktivem Lernen anregen. Das bedarf einer Reform der universitären Ausbildung, in der die didaktische Forschung und Lehre deutlich aufgewertet werden soll. Inklusionspädagogik muss fester Bestandteil aller Lehramtsstudiengänge werden. Wir setzen uns für einen Umbau des Studiums hin zu einer Ausbildung ein, die sich an Schulstufen statt an Schulformen orientiert. Das ermöglicht zudem sehr viel mehr Flexibilität beim Einsatz des Personals. Um dem wachsenden Bedarf an Neueinstellungen zu entsprechen, müssen die Ausbildungskapazitäten der Staatlichen Seminare erhöht und die Absolventenzahlen in der Lehrerbildung mindestens gehalten werden. Wir treten für eine exzellente Lehramtsausbildung an beiden Standorten – in Halle und in Magdeburg – ein.

Qualität beruflicher Ausbildung erhöhen

Die Qualität der beruflichen Ausbildung gehört ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Eine kritische Analyse sollte Gegenstand von Berufsbildungsberichten sein. Gerade dort, wo die Zahl der offenen Lehrstellen die der Bewerbungen übersteigt, muss die Frage nach guter Ausbildung, guten Arbeits- und Lernbedingungen sowie angemessener Vergütung gestellt werden. Nach wie vor bilden in Sachsen-Anhalt zu wenige Betriebe aus. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass mit den Möglichkeiten des Landes Anreize für mehr und bessere Ausbildungsplätze geschaffen werden. Mit der Förderung von praxis-, problem- und kompetenzorientiertem Lernen an den allgemeinbildenden Schulen soll die Vorbereitung der Jugendlichen auf eine berufliche Qualifikation verbessert werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die berufsbildenden Schulen zu stärken. Ergebnisse berufsschulischer Leistungen sollen auch auf dem Kammerzeugnis ausgewiesen werden. Verbundausbildungen und weitere Formen der Kooperation von Betrieben und Einrichtungen halten wir für zukunftsfähig. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, dass erfolgreich absolvierte praktische und theoretische Ausbildungen und Ausbildungsbestandteile auf nachfolgende Qualifizierungen angerechnet werden können. Die Ausbildung an Fachschulen zu Technikerinnen und Technikern sowie Fachwirtinnen und Fachwirten wollen wir stärken. Wir sehen darin eine gute Möglichkeit, berufliche Bildung aufzuwerten. Für die Ausbildungen im Bereich der Gesundheits-, Pflege-, Heil- und Sozialberufe wollen wir ein bedarfsdeckendes Angebot an Ausbildungsplätzen sichern.

Eine Hochschule für alle – mehr Demokratie, Teilhabe und Barrierefreiheit

In den Hochschulen werden Fähigkeiten vermittelt, sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen kritisch auseinanderzusetzen. Hier entstehen wichtige Innovationen für die wirtschaftliche und technologische Leistungskraft unseres Landes.

Hochschulen sind für uns Treibhäuser für Innovation, Kompetenz und Teilhabe. Die zunehmende Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln und deren Interessen gefährdet dagegen eine unabhängige, gesellschaftskritische freie Forschung. Nur durch eine solide Finanzierung der Hochschullandschaft ist es möglich, die Abhängigkeit von Bildung und Wissenschaft von den Interessen privatwirtschaftlicher Geldgeber einzuschränken. Deshalb wird DIE LINKE. Sachsen-Anhalt alles tun, um den Hochschulen ein auskömmliches und verlässliches Grundbudget zur Verfügung zu stellen.

Das heißt für uns, die aufgenötigten finanziellen Kürzungen zurückzunehmen, die Teuerungen und die Tarifsteigerungen für die Beschäftigten durch das Land auszugleichen und Fehlbeträge aus den Strukturreformen der vergangenen Jahre zu kompensieren. Diese Forderungen sind eine entscheidende Voraussetzung, um die Reduzierungen der Studienplätze zurückzunehmen. Die Hochschulen müssen attraktive Orte des Lernens und Forschens, der wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeit bleiben.

Das Angebot sogenannter Orchideenfächer wollen wir aufrechterhalten. Sie sind wichtiger Bestandteil einer kritischen Hochschullandschaft. Wir setzen uns ein für eine Förderung durch den Bund.

Immer noch gibt es vor allem für junge Menschen, deren Familien nicht auf akademische Erfahrungen zurückgreifen können, vielfältige Barrieren für die Aufnahme oder den erfolgreichen Abschluss eines Studiums. Immer noch ist akademische Bildung oft ein Privileg von Besserverdienenden. Dem wollen wir entgegentreten. Wir fordern eine Garantie für Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums, an ihrer Hochschule ein Masterstudium beginnen zu können. Der Landeszuschuss für die Studentenwerke soll angehoben werden, um die Sozialversorgung für

Studierende zu sichern. Allgemeine Studiengebühren lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für die Abschaffung von Langzeitstudiengebühren ein.

Der Abbau von Barrieren endet für uns nicht bei der Gestaltung von Räumen, Wegen und Gebäuden. Auch unterschiedliche Zugänge zu wissenschaftlicher Arbeit durch Hilfs- und Unterstützungssysteme müssen an den Hochschulen ermöglicht, Barrieren für Studierende oder Beschäftigte mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen abgebaut werden. Dazu gehören unter anderem flexible Studienzeiten, frühzeitige Beratung und Studienplatzzusagen sowie wirksame Nachteilsausgleiche.

Mehr Frauen in der Wissenschaft sind eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit und mit Sicherheit ein Gewinn für Lehre und Forschung. Ihr Anteil an den Berufungen muss sich erhöhen. In den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sollen dazu verbindliche Quoten im Sinne eines »Kaskaden-Modells plus« vereinbart werden. Danach ergeben sich die Ziele für den Frauenanteil einer jeden wissenschaftlichen Karrierestufe durch eine Steigerung des tatsächlichen Anteils der Frauen auf der direkt darunter liegenden Qualifizierungsstufe. Die Berufungsgremien müssen mindestens zu 50 Prozent mit Frauen besetzt werden. Das Leben mit Kindern oder die Verantwortung für familiäre Aufgaben darf kein Hinderungsgrund für ein erfolgreiches Studium sein, nicht für Frauen und nicht für Männer.

Flüchtlingen soll der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährt werden. Wir unterstützen Initiativen der Hochschulen, statt der Formalen Nachweise der Studierfähigkeit Flüchtlingen durch Prüfungen den Hochschulzugang zu ermöglichen. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt des Studienkollegs in Halle ein. Die Errichtung eines weiteren Studienkollegs in Magdeburg soll geprüft werden.

Wissenschaftlicher Nachwuchs braucht Perspektiven. Ein Grund zum Bleiben sind gute Arbeitsbedingungen. Im Zentrum unserer Kritik stehen Arbeitsverhältnisse, die schlecht bezahlt werden. Teilzeitjobs oder befristete Arbeitsverträge wollen wir zurückdrängen. Im Rahmen der Möglichkeiten des Hochschulrechts setzen wir uns für verbindliche Forderungen und klare Ziele an den Hochschulen ein. Junge Akademikerinnen und Akademiker brauchen angemessen bezahlte Aufstiegs- und Karrierechancen. Unser Land braucht kluge Köpfe, kritisch und innovativ. Wir unterstützen daher das Anliegen der Promovierenden-Initiative Halle gegen die prekäre Beschäftigung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen, für ausreichend unbefristete Stellen für Daueraufgaben in Lehre und Forschung.

Für eine demokratische Debatte um die künftige Hochschulstruktur

Wir stehen für einen demokratischen Diskurs über die Zukunft der Hochschulstruktur. Darin müssen gesellschaftliche Erwartungen und Ziele, wissenschaftliche Expertise und die Erschließung neuer Potenziale durch Kooperation und die Nutzung von Synergien ihren Platz finden. Wir bekennen uns zu zwei Standorten der Hochschulmedizin, die in enger Zusammenarbeit miteinander und mit anderen Standorten des Gesundheitswesens im mitteldeutschen Raum kooperieren. Die regionale Verankerung der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen sowie gewachsene und bewährte regionale Profile sollen geschärft werden. Kritische Forschung wollen wir stärken. Nur demokratisch und gemeinsam können Professorinnen und Professoren, Studierende und Beschäftigte darüber diskutieren, wie sie Wissenschaft und Bildung organisieren wollen. Gewählte studentische Gremien wie Studierenden- und Fachschaftsräte sollen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben mit mehr verbrieften Rechten gegenüber ihrer Hochschulleitung ausgestattet werden. Dies schließt insbesondere Informationspflichten der Hochschulleitung gegenüber den studentischen Gremien über die Studierendenschaft direkt betreffende Themen mit ein.

Nicht allein die wirtschaftliche Verwertbarkeit ist für uns Kriterium für eine zukunftsfähige Wissenschaftslandschaft. Grundlagenforschung auf entscheidenden Gebieten, Risikoforschung ebenso wie die geisteswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Forschung müssen gestärkt werden. Besonderen Wert legen wir darauf, die Bewertung sozialer und ökologischer Risiken von Technologie und Fortschritt kritisch zu begleiten. Wir fordern die Aufnahme einer Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz, um die Forschung zu militärischen Zwecken an den Hochschulen des Landes zu verhindern.

Erwachsenenbildung ist lebensbegleitendes Lernen

Auch Bildungsangebote für erwachsene Menschen müssen deren unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen, geprägt durch vielfältige Interessen, durch soziale Lebenslagen und Bildungsbiografien. Sie müssen sich sehr viel stärker Menschen öffnen, die durch problematische Schulerfahrungen geprägt sind oder aber aus anderen kulturellen oder ethnischen Zusammenhängen kommen. Auch für junge Menschen sollen Wege in der Erwachsenenbildung attraktiv sein. Die Erwachsenenbildung als wichtige Säule des Bildungswesens soll mit ihren spezifischen Möglichkeiten differenziert auf die sich entwickelnden gesellschaftlichen Bedürfnisse reagieren, selbst Impulse setzen und sich neuen Formen persönlicher Qualifikation öffnen.

Besonders wichtig ist uns, Menschen eine Bildungsperspektive zu geben, denen durch sprachliche Probleme eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt bleibt. Ein barrierefreier Zugang im weitesten Sinne meint hier vor allem stigmatisierungsfreie Angebote. Die begonnenen Hilfsprogramme zur Alphabetisierung sollen fortgesetzt werden – niedrigschwellig, praxisnah, verbunden mit Respekt und Achtung.

Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz verändern. Erwerbstätige sollen dann die Möglichkeit haben, neben erwerbsarbeitsbezogenen Bildungsangeboten auch gewerkschaftliche, gesellschaftliche und politische Bildung für sich zu nutzen. Das liegt nicht nur im Interesse der Entwicklung der individuellen Kompetenzentwicklung von Beschäftigten, sondern trägt auch zu einer modernen Fachkräfteentwicklung in den Unternehmen bei.

Mit Kultur und Kunst gewinnen

Zu den identitätsstiftenden kulturellen Reichtümern des Landes gehören die Museen und Gedenkstätten, die Bibliotheken, die Kunstvereine und Stiftungen, die Theater- und Orchesterlandschaft, die Dome und Schlösser sowie die vielfältigen Einrichtungen zeitgenössischer Kunst und Kultur ebenso wie die zahlreichen Orte kultureller Bildung. Alles das bereichert das Leben vieler Menschen, gibt dem Land ein positives Gesicht und bereitet den Boden für Kreativität und Lebensfreude.

Die rigorose Sparpolitik der Landesregierung in den vergangenen Jahren hat der Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts nachhaltigen Schaden zugefügt. Ein solcher Weg hat für uns keine Zukunft und muss korrigiert werden. Mit einem eigenen Landeskulturkonzept werden wir unsere Ideen und Vorstellungen von einer zukunftsfähigen Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt vorlegen. Leitendes Kriterium ist für uns zum einen, die kulturellen Güter unseres Landes für kulturelles Lernen zu nutzen, das Wirken der Akteurinnen und Akteure in kulturellen Einrichtungen zu vernetzen und damit wirksamer zu gestalten und zum anderen, den Zugang für alle gleichermaßen zu ermöglichen. Die Empfehlungen des Kulturkonvents 2012 bleiben für uns eine ausgezeichnete Grundlage dafür. Die Wertschätzung der Kulturschaffenden, der Respekt vor der Freiheit der Kunst sowie der Dialog mit Künstlerinnen und Künstlern des Landes sind für uns wichtige Grundsätze linker Kulturpolitik.

Mit der Initiative für ein Kulturfördergesetz wollen wir neue Einnahmen für die Kulturförderung erwirtschaften und den Grundstein für eine solidarische Umlandfinanzierung für bedeutende Kultureinrichtungen legen. Kooperationsprogramme zwischen Kultureinrichtungen und allgemeinbildenden Schulen sind für uns ein wesentlicher Baustein zur kulturellen Teilhabe, die wir weiterentwickeln wollen. Besondere Projekte wie die musisch-ästhetische Bildung für Kinder in Grundschulen, die wir in den vergangenen Jahren initiiert haben, wollen wir fortführen.

Kritische Öffentlichkeit in einer digitalen Gesellschaft

Die rasante Entwicklung der neuen Informationstechnologien erweitern Fähigkeiten und Möglichkeiten des Menschen, wie es noch vor kurzem undenkbar erschien. Der Zugang zu Information spielt eine zentrale Rolle bei der Sicherung von Chancengleichheit und Partizipation.

Ein verlässlicher und gleichberechtigter Zugang zum Internet ist in einer Wissensgesellschaft eine Basis für Teilhabe an demokratischen Diskursen. Wir setzen uns für eine stärkere Einbindung von Internet und digitalen Medien in den Angeboten von Kita, Schule sowie der Kinder- und Jugendhilfe ein. Insbesondere der offene Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln nach »Open Educational Resources«-Standards soll Bestandteil formellen und informellen Lernens sein. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht sich für eine Landesinitiative zur digitalen Schulregion als ersten Schritt auf dem Weg zur vernetzten Schule stark.

Medienkompetenzvermittlung wird in Sachsen-Anhalt durch eine Vielzahl unterschiedlicher Träger umgesetzt. Mit der Netzwerkstelle Medienkompetenz hat die Medienanstalt Sachsen-Anhalt ein erstes Instrument zur Stärkung und Verknüpfung von Aktivitäten im Bereich der Medienkompetenzförderung initiiert. Weitere konsequente Schritte zu Vernetzung und Austausch sowie zur nachhaltigen Sicherung qualitativ hochwertiger Angebote müssen folgen. Die im Land handelnden Medienpädagoginnen und -pädagogen brauchen ein übergreifendes ständiges Forum für Kommunikation, Fortbildung und Diskurs. Die Träger der Medienkompetenzvermittlung brauchen eine angemessene und langfristige Grundfinanzierung. Insbesondere für Lehrkräfte an den Schulen bedarf es eines vielfältigen Angebotes an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Entwicklung eigener Medienkompetenz als auch zur Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern.

Die Einführung neuer digitaler Techniken in Behörden und nachgelagerten staatlichen Institutionen betrifft auch den Schulbereich. Schule muss ein Ort bleiben, an dem der Staat die Privatsphäre schützt, auch und besonders im Digitalen. Dies gilt auch beim Schutz von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen den Daten- und Persönlichkeitsschutz als elementaren Bestandteil unserer Strategie zur Medienbildung etablieren. Wir verfolgen den Weg frei zugänglicher Bildungsmaterialien, die Verwendung und Veränderung erlauben.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für Medienvielfalt als wichtiges Instrument demokratischer Willensbildung und Teilhabe, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bekennt sich zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinem umfangreichen Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsauftrag als Bestandteil der Daseinsvorsorge. Im neuen Modell der Beitragserhebung müssen aber Befreiungstatbestände erweitert und Ungerechtigkeiten zurückgenommen werden. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir weitere Möglichkeiten der Digitalisierung eröffnen. Wir treten für eine Novelle des MDR-Staatsvertrages ein.

Bürgermedien sind für die Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Medienbildung in Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung und unverzichtbarer Bestandteil des Rundfunksystems. Wir setzen uns für die nachhaltige Unterstützung offener Kanäle sowie regionaler und lokaler Rundfunkangebote sowie Freifunk-Initiativen ein.

V. Demokratie leben

Vor gut 25 Jahren wollten Menschen in der DDR nicht länger Objekt politischer Vorgaben sein, sondern selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden, an demokratischen Prozessen beteiligt werden und Politik mitgestalten. Demokratie verbindet die Selbstbestimmung des Einzelnen mit dem Prinzip der Gleichheit aller. Dennoch, Ressourcen und Positionen bleiben auch in einer nunmehr demokratischen Gesellschaft ungleich verteilt, zwischen Frauen und Männern, zwischen arm und reich. Für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt gehört zur Demokratie die soziale Gerechtigkeit. Freiheit und Gleichheit sind für uns zwei Seiten derselben Medaille.

Geschlechtergerechtigkeit bleibt unser Ziel

Gleichstellungspolitik ist für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine Frage der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und der Wertschätzung von Vielfalt. Sie besteht sowohl in der Kritik an traditionell männlichen und weiblichen sozialen Rollen als auch im Engagement für die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern an Macht, Einkommen und Ressourcen sowie gegen Diskriminierung und Gewalt. Gleichstellung ist für uns eine Querschnittsaufgabe.

Wir machen uns stark für eine angemessene Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien von Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bekennt sich zur Quotierung in allen Führungsebenen und Aufsichtsräten. Die Hälfte der politischen Mandate und öffentlichen Ämter für Frauen bleibt ebenso unser Ziel wie die 50-Prozent-Quote in der Landesverwaltung. Wir streben eine mit Männern und Frauen paritätisch besetzte Landesregierung an. Das Frauenfördergesetz wollen wir zu einem neuen Gleichstellungsgesetz fortentwickeln. Eine Gleichstellungsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt sollte durch den Landtag gewählt werden. Sie soll in Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen sein. Um das zu gewährleisten, ist eine adäquate personelle, finanzielle und sächliche Ausstattung erforderlich und bereitzustellen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich für ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren insbesondere in der Landesverwaltung einsetzen, auf dessen Grundlage es bei der Entscheidung allein um die Eignung und Leistung der Bewerberinnen und Bewerber geht. Dadurch werden Chancengleichheit, Effizienzsteigerung, Vergleichbarkeit sowie Vielfalt (Diversity-Management) gewährleistet.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich für eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einsetzen, damit nach DDR-Recht Geschiedene einen aus Steuermitteln finanzierten Versorgungsausgleich erhalten, der sich vor allem rentensteigernd auswirkt.

Selbstbestimmung und geschlechtlich-sexuelle Vielfalt

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für die Selbstbestimmung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) ein. Wir wollen, dass das Aktionsprogramm des Landes für die Akzeptanz von LSBTI zügig entwickelt wird, Maßnahmen auch finanziell untersetzt und in der neuen Legislaturperiode konsequent umgesetzt werden.

Wir treten dafür ein, dass die Vielfalt von geschlechtlich-sexuellen Identitäten sowie Lebens- und Familienformen in allen Bildungseinrichtungen und der Kinder- und Jugendhilfe altersgerecht vermittelt wird. Rahmenpläne sind hierfür anzupassen und kontinuierlich Angebote in der Aus- und Fortbildung zu unterbreiten sowie Diversity-Konzepte für kommunale und Landeseinrichtungen zu entwickeln. Hierbei ist auch auf die Kompetenz qualifizierter freier Träger zurückzugreifen.

Wir wollen eine auskömmliche und kontinuierliche Basisfinanzierung durch die öffentliche Hand für Organisationen zur Beratung und Unterstützung von LSBTI sowie zur Bildung, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir befürworten die Aufarbeitung der Verfolgung und Ausgrenzung von Homosexuellen im heutigen Sachsen-Anhalt nach 1945 und eine Ergänzung des Gleichbehandlungsartikels in der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt um das Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Ergänzung des Grundgesetzes um diesen Passus sowie die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen nach 1945 ein. Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht von trans- und intergeschlechtlichen Menschen durchsetzen sowie die Öffnung der Ehe für alle und ein Aufenthaltsrecht von LSBTI-Flüchtlingen.

Erweiterung demokratischer Mitbestimmung

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist eine Bürgerrechtspartei. Fragen von Partizipation, gesellschaftlichem Engagement, demokratischer Teilhabe und Datenschutz sind wichtige Felder unserer Politik. In der parlamentarischen Demokratie bilden Wahlen ein zentrales Instrument für die Beteiligung möglichst aller. Im Sinken der Wahlbeteiligung, vor allem entlang sozialer Merkmale, sehen wir ein Demokratieproblem. Besonders Menschen mit geringem Einkommen, Arbeiter und Arbeitslose oder Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss haben sich von den Parteien entfernt – so wie sich auch die etablierte Politik oft von deren Lebenslagen abgewandt hat. Die Instrumente direkter Demokratie und außerparlamentarische Initiativen heben diese soziale Spaltung nicht auf, weil sie in der Regel von kommunikations- und bildungsstarken Gruppen genutzt werden.

Wir wollen deshalb die Beteiligungsmöglichkeiten sowohl für die parlamentarische als auch für die direkte Demokratie gleichermaßen befördern. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe bleiben für uns die Basis für demokratische Beteiligung. Eine besondere Aufgabe für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt besteht darin, vor allem Menschen in prekären Lebenssituationen den Zugang zu den unterschiedlichen Formen direkter Demokratie zu ermöglichen. Bei den außerparlamentarischen Instrumenten wollen wir Hürden senken: Die Zustimmungsquoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind auf maximal fünf Prozent der wahlberechtigten Einwohner zu beschränken. Wir wollen die für die Gültigkeit notwendigen Stimmen (Quorum) für Volksinitiativen auf zehntausend Wahlberechtigte und ebenso die Quoren für Volksbegehren absenken. Damit sich ein Fachausschuss im Landtag mit einer Bürgerinitiative befasst, sollen eintausend Stimmen ausreichen. In Stadtgebieten, die bisher nicht durch Ortschaftsräte abgedeckt sind, sollen gewählte Beiräte, die im Sinne der Kommunalverfassung Ortschaftsräten gleichgestellt sind, mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen. Diese Beiräte sollen mehr Entscheidungsbefugnisse und Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Durch eine Änderung im Kommunalverfassungsgesetz soll den Gemeinden und Städten das Recht übertragen werden, selbst darüber zu entscheiden, ob in ihren Ortsteilen mit weniger als 300 Einwohnern der Ortschaftsrat beibehalten oder ein Ortsvorsteher bestellt wird.

Petitionen sind ein praktischer Beweis, dass die Menschen mitreden und mitentscheiden wollen. Sie sind Verbindungstüren zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Parlament. Petitionen an den Landtag sollen künftig auch online als Öffentliche Petitionen gestellt und mitgezeichnet werden können. Wir wollen mehr Transparenz über die Entscheidungen im Parlament. Ausschusssitzungen des Landtags sollen öffentlich sein.

Das aktive Wahlalter soll auf kommunaler und Landesebene auf 14 Jahre gesenkt werden.

Migrantinnen und Migranten sollen das Wahlrecht erhalten. Im kommunalen Bereich wollen wir die Entwicklung der Bürgerkommune ermöglichen und das passive Wahlrecht ab 16 Jahre einführen.

Wir setzen uns dafür ein, dass politische und juristische Kommunikation stärker in sogenannte leichte Sprache und verschiedene Fremdsprachen übersetzt wird. Es braucht mehr niedrigschwellige politische Ansprache und Information, auch das gehört zum Anspruch einer inklusiven Gesellschaft.

Die Verfassung schützen

Verfassungen spiegeln Wertediskussionen und -entscheidungen. Sie beinhalten unsere Ideale und die Ziele einer lebenswerten Gesellschaft. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich seit vielen Jahren für Veränderungen in der Landesverfassung ein, unter anderem für die Aufnahme erweiterter Kinderrechte, die Verankerung einer Antifaschismus-/Antirassismusklausel und die Ergänzung des Artikels 7 »Gleichheit vor dem Gesetz« um das Merkmal der »sexuellen Identität«. Den irreführenden und überholten Begriff der »Rasse« wollen wir streichen. Eine stetige Überprüfbarkeit der Wirkung unserer Landesverfassung sehen wir durch die Möglichkeit der Individualverfassungsbeschwerde gegeben.

Den Verfassungsauftrag wollen wir durch gestärkte Beauftragte im Land unterstützen. Gleichstellungs-, Integrations- und andere Beauftragte sollen vom Landtag gewählt werden.

Unabhängige Justiz und demokratischer Zugang

Die Unabhängigkeit der Justiz ist wesentliches Kennzeichen eines modernen, gewaltenteiligen Rechtsstaates. Ohne Vertrauen der Menschen in die Justiz und den Rechtsstaat sinkt auch das Vertrauen in die Demokratie. Die Gleichheit aller Menschen vor Recht und Gesetz ist oberstes Gebot, das auch wir verteidigen. Hoheitliches Arbeiten hat dabei immer Vorrang vor Privatisierung. Das gilt für Gefängnisse, aber auch für die Realisierung der Sicherheit in Gerichten.

Rechtsstaatlichkeit muss für alle verfügbar sein. Allein nach und von Haushaltslagen bestimmte bzw. begründete Einschränkungen der Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenbeihilfen lehnen wir daher grundsätzlich ab. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt unterstützt den Erhalt einer bürgernahen Gerichtsstandortstruktur. Bürgerorientierte Justizzentren müssen ausgebaut und gestärkt, Einzelgerichte an Gerichtsstandorten sollten eher zur Ausnahme werden.

Dem erheblichen Anstieg der Klagen und den damit einhergehenden langen Verfahrenslaufzeiten vor den Sozialgerichten, u.a. aufgrund der Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) und weiterer sozial ungerechter Reformen und Fehlentscheidungen im Rentenüberleitungs- und Krankenversicherungsrecht, muss unverzüglich – auch mittels personeller Aufstockungen – entgegengewirkt werden. Korrekturen sind notwendig.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will mit der weiteren Etablierung außergerichtlicher Konfliktlösungsverfahren und der Förderung der Mediationskultur außerdem zu einer Entlastung der

Gerichte beitragen und die friedensstiftende, versöhnende Vermittlung von Konfliktbewältigungsstrategien bestärken.

Vertrauen in den Rechtsstaat muss hauptsächlich durch den Schutz von Opfern, aber auch durch eine intensive Täterarbeit hergestellt werden. Nur ein solches Herangehen kann zu einem effektiven Opferschutz führen. So prüft DIE LINKE. Sachsen-Anhalt die Einrichtung einer Opferhilfestif-

tung, um schnell und möglichst ohne Barrieren in Notsituationen Hilfe zu leisten. Bestehende Hilfemechanismen müssen dringend hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf den Prüfstand.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt steht für den Erhalt und die Stärkung von zwei rechtsmedizinischen Standorten in Sachsen-Anhalt als wesentliche Voraussetzung für eine effektive Arbeit der Ermittlungsbehörden. Die forensische Abklärung von Todesursachen muss strukturell gesichert sein. Das ist wiederum Grundlage für eine notwendige enge und intensive Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei bei der Strafaufklärung. Weiterhin lässt sich nur so eine generell verpflichtende zweite Leichenschau bei Erd- und Feuerbestattungen durch entsprechendes Fachpersonal realisieren. Dafür streben wir eine Reform des Bestattungsrechts an.

Besonderheit Jugendstrafrecht

Das Jugendstrafrecht ist darauf angelegt, am konkreten Einzelfall rechtzeitig, konsequent, dem persönlichen Entwicklungsstand angemessen und verantwortungsvoll zu intervenieren. Gerade im Bereich des Jugendstrafvollzugs, welcher zusätzlich einem klaren Erziehungsauftrag folgt, lehnen wir kriminalpolitische ad hoc-Entscheidungen und unverhältnismäßige, freiheitsentziehende Maßnahmen, wie etwa den sogenannten Warnschussarrest für jugendliche und heranwachsende Straftäterinnen und Straftäter, kategorisch ab. Mangels nachgewiesener Wirksamkeit wird DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Jugendarrests anstreben.

Solange jedoch für die Abschaffung noch keine rechtlichen Grundlagen existieren, muss der Jugendarrest auf der Grundlage eines zwingend erforderlichen Landesgesetzes ohne negative Wirkungen für die Betroffenen vollzogen werden. Der Vollzug hat in vom übrigen Strafvollzug räumlich, wirtschaftlich und personell getrennten bzw. eigenständigen Einrichtungen zu erfolgen. Offene Formen des Vollzugs sind ausdrücklich zu fördern. Wir wollen den Wechsel vom bisherigen Sanktionscharakter des Arrests hin zu einem Konzept für die Förderung und Erziehung der Jugendlichen. Dafür sind eine stärkere Kooperation und Vernetzung von Justiz, Schule, Elternhaus und Jugendhilfe erforderlich.

Bürger nah und demokratisch verfasst – Polizei in Sachsen-Anhalt

Der Schutz des Einzelnen vor Bedrohungen, Gewalt, Kriminalität und auch vor unberechtigten Eingriffen des Staates ist eine verantwortungsvolle Aufgabe der Landespolitik. In der Abwägung von Grund- und Freiheitsrechten und den notwendigen Eingriffsrechten der Polizei haben wir erfolgreich vor dem Landesverfassungsgericht geklagt.

Wir wollen eine bürgernahe und demokratisch strukturierte Polizei. Wir setzen auf eine Personalpolitik, die garantiert, dass Polizei in der Fläche und vor Ort präsent ist. Sie muss auch nach der Polizeistrukturereform sichtbar und ansprechbar sein. Im Interesse der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit müssen daher in den nächsten Jahren deutlich mehr Vollzugsbeamte eingestellt werden. Die Ausbildungskapazität in Sachsen-Anhalt ist entsprechend anzupassen.

Das Selbstverständnis von Polizistinnen und Polizisten, die sich jedem Menschen und seinen Rechten verpflichtet fühlen, wollen wir stärken. Dies soll das Vertrauen in die Sicherheit sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch von Polizistinnen und Polizisten verbessern. Entsprechende Maßnahmen wollen wir sowohl in Bezug auf die Polizeistruktur als auch auf die Ausbildung prüfen.

Die notwendige Anzahl der Polizeidirektionen im Land muss sorgfältig geprüft werden. Wir setzen auf leistungsstarke Polizeireviere in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt. Sie müssen mit ihren Revierkommissariaten die anfallenden Aufgabenbereiche erledigen können. Die Wiedereinführung von Polizeistationen werden wir prüfen. Ergänzend dazu sind die Möglichkeiten flexibler Streifenfahrten und der Einsatz von Bereichsbeamtinnen und -beamten zu prüfen.

Die Polizeibeschwerdestelle muss wirklich unabhängig – also vom Innenministerium herausgelöst – arbeiten. Nur so können Betroffene polizeilicher Gewalt sowie die Beamtinnen und Beamten selbst offen und diskriminierungsfrei agieren.

Die Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen muss kommen. Polizistinnen und Polizisten üben das Gewaltmonopol des Staates aus. Diese verantwortungsvolle und herausfordernde Arbeit muss kontrollierbar sein – ohne die individuelle Zuordnung polizeilichen Fehlverhaltens ist dies nicht möglich. Die Kennzeichnung bei öffentlichen Einsätzen ist nicht Ausdruck eines Generalverdachts, sondern eine Konsequenz aus der strukturellen Beschaffenheit, den hoheitlichen Aufgaben der Polizei und ein Gebot der Transparenz.

Grundrechte verteidigen

Gemeinsam mit vielen Engagierten haben DIE LINKE, Sachsen-Anhalt und ihr Jugendverband in der Vergangenheit vielfältige Formen zivilgesellschaftlichen Engagements unterstützt – und werden dies auch in Zukunft tun. Dazu zählen auch die zahlreichen Protestaktionen auf der Straße: gegen die Kürzungspolitik der aktuellen Landesregierung, gegen Naziaufmärsche und gegen Abschiebungen. Versammlungen abzuhalten und an ihnen teilzunehmen, ist ein Grundrecht. Wir setzen uns dafür ein, die dem entgegenstehenden Hürden abzubauen. Niemand sollte einer friedlichen Versammlung fernbleiben müssen, weil er das Vorgehen der Polizei fürchtet. Solche Einschüchterungseffekte reichen – wie vom Bundesverfassungsgericht festgestellt – vom präventiven Anfertigen von Filmaufnahmen über den Einsatz von Reiterstaffeln bis zu – wie in Magdeburg rechtswidrig vorgenommenen – Großabsperungen, die den Eindruck erwecken, Proteste gegen einen Naziaufmarsch begründeten einen Ausnahmezustand und seien keine demokratische Normalität.

Sachsen-Anhalt als Einwanderungsland

Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr – nur ein Bruchteil dieser Menschen erreicht Europa und Deutschland und sucht Sicherheit, Frieden und Perspektiven bei uns. Am Umgang mit Migrationsbewegungen und mit Menschen in Not zeigt sich unsere Bereitschaft, die Verteilung von Wohlstand und Sicherheit kritisch zu hinterfragen – auch vor unserer eigenen Haustür. Wir unterstützen alle Bemühungen, mit Bürgerinnen und Bürgern über die Herkunft und das Leben von Geflüchteten ins Gespräch zu kommen und die Planungen der notwendigen Unterstützungs- und Beratungsangebote transparent zu gestalten.

Für DIE LINKE, Sachsen-Anhalt steht fest: Die Menschenrechte sind universell. Wir möchten, dass Menschen hier sicher und gut leben und Teil dieses Landes werden können. Den vielen, die sich couragiert und ganz selbstverständlich für eine Willkommenskultur im Land einsetzen, gilt unsere Unterstützung. Kirchen, antirassistische Initiativen, Bürgervereine und Einzelpersonen leisten hier unverzichtbare Arbeit, oft in einem rechtlichen und bürokratischen Spannungsfeld.

Gemeinsam mit Gemeinden, Städten und Landkreisen, Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbänden wollen wir ein Aufnahme- und Integrationskonzept entwickeln. Integration ist für uns nicht bloße Aufforderung, sondern konkretes Angebot auf allen Ebenen: sozial, demokratisch, kulturell, nicht zuletzt am Arbeitsmarkt. Wir wollen die Mehrsprachigkeit in Behörden (Kommunikation, Formulare usw.) und die aktive Beteiligung der neuen Bürger in Vereinen und im Ehrenamt unterstützen. Dazu ist es auch notwendig, Integrationspolitik nicht zuerst als Ordnungspolitik, sondern als zentrale Frage gesellschaftlicher Entwicklung zu begreifen. Wir wollen deshalb die Funktion der/des Integrationsbeauftragten stärken und prüfen eine Neuverteilung der Geschäftsbereiche der Landesregierung, die bisherige Zuständigkeiten für Integration aus dem Innenministerium herauslöst.

Wir wollen das Aufnahmegesetz in Sachsen-Anhalt ändern: Die Unterbringung von Asylsuchenden darf kein Geschäft sein. Wir fordern die dezentrale Unterbringung in Wohnungen als Regelverfahren bei der Aufnahme. Dies ist humaner und preisgünstiger. Soweit eine vorläufige Unterbringung in größeren Wohneinheiten unvermeidlich ist, wollen wir verbindliche Standards festschreiben, die u.a. die Privatsphäre schützen, Eigenständigkeit, sozialräumliche Anbindung und Sicherheit gewährleisten. Dies gilt in besonderem Maße für lesbische und schwule sowie bi-, trans- und intergeschlechtliche Menschen und dem Schutz ihrer sexuellen Identität.

Dem Sicherheitsbedürfnis von geflohenen Frauen und Mädchen, vor allem jener, die bereits Opfer von Gewalt wurden, gilt es gerecht zu werden. Sie benötigen dringend eigene überschaubare und geschützte Unterkünfte und ruhige Rückzugsorte.

Gemeinschaftsunterbringung muss klaren Befristungen unterliegen. Für die Kommunen wollen wir verbindliche Regelungen der Erstattung der tatsächlich anfallenden Kosten in Verbindung mit zu erfüllenden Qualitätsstandards für die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Mit Blick auf die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern tritt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hierbei für eine deutlich stärkere Verantwortungsübernahme des Bundes ein.

Wir plädieren dafür, die fachlich zuständigen Verwaltungsstellen in den Kommunen in einer Servicestelle Einwanderung zusammenzufassen. Interkulturelle und fachliche Kompetenzen, behördliche Zuständigkeiten und Informationen über Beratungs- und Unterstützungsangebote könnten so gebündelt werden und Migrantinnen und Migranten den sonst üblichen Behördenmarathon ersparen. Kinder und Jugendliche sind oft eine Brücke in die neue Mehrheitsgesellschaft. Die Vermittlung der deutschen Sprache in der Schule und darüber hinaus ist zu sichern. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen unseren besonderen Schutz. Für die Vermittlung einer kindgerechten Unterbringung, die Suche nach Verwandten, die Betreuung und Fürsorge muss eine weitere Anlaufstelle in Sachsen-Anhalt geschaffen werden. Zusätzlich zu der Clearingstelle in Magdeburg setzen wir uns daher für eine zweite im Süden des Landes ein.

Flüchtlinge und Asylsuchende haben wie alle Menschen einen Anspruch auf medizinische Versorgung. Bundesrechtliche Regelungen beschränken die Ansprüche dieser Gruppen bereits. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will bürokratische Hürden abbauen: Die sogenannte Gesundheitskarte soll das für die Betroffenen belastende und im Notfall bedrohliche Verfahren der Antragstellung auf Behandlungsscheine beenden. Dafür wollen wir vertragliche Lösungen zwischen dem Land und den Krankenkassen.

Zentrale Weichen der Asyl- und Zuwanderungspolitik werden bundespolitisch gestellt. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Das in der Vergangenheit und gegenwärtig verfolgte Prinzip, das Asylrecht zum Zweck der Abschreckung von potenziellen Asylsuchenden, zum Beispiel mittels Sachleistungsprinzip und Leistungsentzug, Abschiebelagern oder Arbeitsverboten, zu verschärfen, lehnen wir vehement ab und setzen uns für einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der deutschen und europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik ein. Den Bedürfnissen von Schutzsuchenden muss endlich Rechnung getragen werden.

Die Länder sind gezwungen, die Gesetzgebung des Bundes umzusetzen. Uns ist bewusst: Auch wenn wir Abschiebungen als inhuman ablehnen und sie in der Öffentlichkeit kritisch thematisieren, wird es dennoch Abschiebungen aus Sachsen-Anhalt geben. Auch wenn wir das Prinzip der Zwangszuweisung von Asylsuchenden an die Bundesländer ablehnen, wird es auch in Zukunft Praxis sein. Umso wichtiger ist es uns, auf Landesebene alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Menschen ein Bleiberecht geben zu können und ihre Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Dazu gehören Winterabschiebestops, die umfassende Einzelfallprüfung von Abschiebehindernissen, wie z.B. gesundheitliche oder psychische Beeinträchtigungen durch die Auslän-

derbehörden, die Öffnung der Härtefallkommission auch für Menschen im Dublin-Verfahren, die Anerkennung von Integrationsleistungen als Abschiebehindernis, die Orientierung am Kindeswohl und die Verhinderung der Familientrennung oder auch die Geltendmachung von Landesinteressen z.B. in Fällen von in Ausbildung bzw. Arbeit befindlichen Personen. Wir wollen die Interessen und Wünsche von Asylsuchenden auch bei der Verteilung und Unterbringung in Sachsen-Anhalt erfassen und berücksichtigen und es Asylbewerberinnen und Asylbewerbern möglich machen, nach einer Zeit des Ankommens und Orientierens in den Kommunen ihren Wohnsitz innerhalb Sachsen-Anhalts frei zu wählen.

Rassismus und Neonazismus entgegentreten

Engagement gegen Rechts braucht vor allem den Zugewinn an demokratischer Kultur. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind kein Phänomen »extremer« Ränder. In der Mitte der Gesellschaft, im täglichen Leben muss Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz mutig und engagiert begegnet werden.

Demokratieförderung hat viele Facetten. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat dies als Querschnittsthema verstanden und als Landesprogramm ausgearbeitet. Die Stärkung von demokratischen, sozialen und wertebezogenen Kompetenzen und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit sollte in der Familie und der Kita beginnen. Schule und Hochschule sind als wichtige Orte der Prävention und der demokratischen Wertevermittlung zu begreifen, ohne Erzieherinnen und Erzieher oder die Eltern außen vor zu lassen. Das Thema ist kein alleiniges Jugendphänomen. Auch Bereichen wie Politik, Sport und Kultur fallen vielfältige Aufgaben im gesellschaftlichen Spannungsfeld zwischen Ausgrenzung und Anerkennung zu. Daher ist eine demokratische, kulturell vielseitige Landschaft eine zwingende Notwendigkeit für ein tolerantes und weltoffenes Sachsen-Anhalt. In den kommunalen Vertretungen ist die Auseinandersetzung mit Vertretern rechter und rechtspopulistischer Parteien konkret. In der Kommune liegt auch die Verantwortung dafür, die finanzielle und materielle Basis zur Entfaltung demokratischer Jugendkulturen zu sichern.

In Sachsen-Anhalt ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen, zwischen ehrenamtlichen Netzwerken und Fachträgern weiterhin zu befördern. Dabei setzen wir uns insbesondere für eine stabile und verlässliche Förderung von Bildungs- und Beratungsprojekten im Land ein. Das Zurückdrängen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bedarf professioneller und unabhängiger zivilgesellschaftlicher Projekte.

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hat weitreichende Empfehlungen an die Politik formuliert. Wir unterstützen diese ebenso wie die Initiativen zur finanziellen Aufstockung, bundesweiten Ausdehnung und dauerhaften Förderung der Demokratie- und Beratungsarbeit. Die bisherige Projektförderung vergeudet Ressourcen für die Antragsbürokratie und bedeutet für die Träger immer wieder existenzielle Ungewissheit.

Konsequenzen aus dem Versagen staatlicher Behörden im Umgang mit dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) zu ziehen, heißt für uns auch, polizeiliche Abläufe und die Praxis im Umgang mit aktuellen neonazistischen Aktivitäten zu hinterfragen. Gerade im polizeilichen Umgang mit neonazistischen Konzerten und Versammlungen besteht Handlungsbedarf: Sachsen-Anhalt gehört zu den Hauptveranstaltungsgebieten rechter Konzerte als zentrales Element neonazistischer Erlebniswelt. Rechte Konzerte und Liederabende, die in anderen Bundesländern strengen Auflagen und Kontrollen unterworfen sind, werden in Sachsen-Anhalt oftmals nur von außen beobachtet und im Nachhinein ausgewertet – teilweise mit groben Fehlern. Auch die polizeiliche Bewertung und Erfassung von politisch motivierten Straftaten gehört auf den Prüfstand. Viel zu oft müssen Betroffene um ihre Anerkennung als Opfer rechter Gewalt kämpfen. Mit Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wollen wir die Handlungssicherheit von Versamm-

lungsbehörden, Verwaltungen und Polizei im Umgang mit neonazistischen Veranstaltungen und Versammlungen erhöhen. Die staatliche und politische Ächtung von Rassismus und Neonazismus erfordert ein konsequentes und entschlossenes Agieren von Polizei und Justiz in der Bewertung, Verfolgung und Ahndung rechter Straftaten.

Geheimdienste abschaffen

Selbstverständnis, Arbeit und Methoden des Verfassungsschutzes gehören auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der Mordserie des NSU hat das Versagen der Geheimdienste und des V-Leute-Systems offengelegt. Auch im Zusammenhang mit der NSA-Spähaffäre wird deutlich: Die Verfassung lässt sich schwerlich schützen von unkontrollierbaren und dem Geheimnis verpflichteten Diensten. Überwachung fördert Duckmäusertum und führt zu angepasster Kommunikation.

Solche Geheimdienste gehören abgeschafft und nicht aufgerüstet. Wir wollen stattdessen langfristig Informations- und Dokumentationsstellen in Bund und Ländern etablieren, die neonazistische, rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche Aktivitäten und Einstellungen erfassen und dokumentieren – wissenschaftlich und transparent. Dafür sollen dem Verfassungsschutz im Innenministerium die Grundlagen zur Informationserhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln entzogen werden. Seine Befugnisse zur Überwachung des Fernmelde- und Postverkehrs, für Observationen und zur Aufzeichnung und Entschlüsselung von Kommunikation sollen ihm sofort entzogen werden. V-Leute und »menschliche Quellen« müssen abgeschaltet werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird auf eine Stärkung der digitalen Privatsphäre drängen. Der Persönlichkeitsschutz bleibt als Aufgabe beim Landesbeauftragten für den Datenschutz. Die wesentliche Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Privatsphäre in der digitalen Gesellschaft ist, vor Zugriffen Dritter sicher zu sein. DIE LINKE spricht sich landes- und bundesweit gegen den Einsatz der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) durch sogenannte Staatstrojaner aus. DIE LINKE lehnt die Vorratsdatenspeicherung konsequent ab.

Engagement für Frieden und nichtmilitärische Konfliktlösung

Als konsequente Friedens- und Abrüstungspartei wird sich DIE LINKE in Sachsen-Anhalt auch weiterhin für eine Schließung der Kriegsübungsstadt Schnöggersburg, der Truppenübungsplätze Altmark und Zeitzer Forst sowie für eine zukünftige naturverträgliche und touristische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und des Zeitzer Forstes einsetzen. Wir streben ein Rechtsgutachten an, um die Pläne der Bundeswehr mit der Übungsstadt Schnöggersburg auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz, insbesondere hinsichtlich völkerrechtswidriger Kriegsvorbereitungen, zu prüfen. Wir unterstützen den friedlichen Protest und die Zivilcourage gegen Krieg und Kriegsübungen und lehnen die Kriminalisierung antimilitaristischer Proteste ab.

Im Rahmen der politischen Bildung wollen wir durch den friedenspolitischen Dialog die Erziehung von mündigen Schülerinnen und Schülern in der Schule unterstützen. Insbesondere ein Netzwerk von friedenspolitischen Initiativen und Akteurinnen und Akteuren wollen wir dabei fördern und ihnen den Zugang zu den schulischen Diskursen ermöglichen. Die mittelbare und unmittelbare Berufswerbung und Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen lehnen wir ebenso wie die militärische Forschung an den Universitäten und Hochschulen ab.

Gedenken und Erinnerungskultur als Verpflichtung

In Sachsen-Anhalt existieren zahlreiche historische Orte, die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, an Terror und Willkürherrschaft erinnern. Seit dem Jahr 2007 widmet sich die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt der Aufarbeitung und Erinnerung. Aktuell sind unter dem Dach der Stiftung landesweit acht Einrichtungen vereint: die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, die

Gedenkstätte für die Opfer der NS-Euthanasie in Bernburg, die Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, die Gedenkstätte Roter Ochse in Halle, die Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg, die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die Gedenkstätte Altengradow sowie seit Februar 2015 die Mahn- und Gedenkstätte Isenschribber Feldscheune bei Gardelegen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hatte die Aufnahme der Gedenkstätten Isenschribbe und Altengradow seit langem gefordert. Die Stiftung soll lokale Gedenkarbeit unterstützen, in diesem Zusammenhang setzen wir uns für die Erweiterung der Stiftung um die Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Außenlagers KZ Buchenwald in Rehmsdorf ein. Gedenkstättenarbeit ist für uns kein einmal abgeschlossener Prozess, sondern muss lokale und politische Erinnerung zulassen und fördern. Die Möglichkeiten länderübergreifender Zusammenarbeit wollen wir prüfen.

Mit der Arbeit der Gedenkstättenstiftung und anderer Träger verbinden wir wichtige Kriterien: Erhalt und Ausbau der Erinnerungsorte in Sachsen-Anhalt, Vermittlung von Inhalten der Erinnerungskultur durch wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und plurale Zugänge, Vermeidung von Gleichsetzung und Opferkonkurrenz, aber auch Verhinderung von Bagatellisierung der Verfolgungsgeschichte besonders nach 1945.

Zu den wichtigsten Zielgruppen für die pädagogische Arbeit der Gedenkstätten gehören Schülerinnen und Schüler. Die Kooperation zwischen der Landeszentrale für politische Bildung und der Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt bei Fahrtkostenübernahmen für Schulen ist zu verstetigen und auszubauen.

Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution sehen wir uns in der Pflicht, die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte zu intensivieren. Die Aufarbeitung von Alltagsgeschichte sowie Funktionsweisen der Diktatur wollen wir in Schule, Hochschulausbildung, in Gedenk- und Kulturstätten fördern. In den Orten zweifacher Vergangenheit – belastet in der Zeit des Nationalsozialismus und durch die diktatorischen Varianten des Staatssozialismus – darf die eine Geschichte durch die andere weder relativiert noch bagatellisiert werden. Das bedeutet getrenntes und differenziertes Gedenken an die Opfer des NS-Justizsystems und des Verfolgungsapparates der Staatssicherheit.

Gerechtigkeit heißt auch, Unrecht anzuerkennen und Verfolgte in ihrem Recht auf Anerkennung und Entschädigung zu unterstützen. Dazu gehört die Aufarbeitung der Repressionen gegen politisch Verfolgte und Heimkinder in der DDR.

DIE LINKE Sachsen-Anhalt will den 8. Mai, den Tag, an dem die Alliierten Nazideutschland bezwangen und seinen Vernichtungskrieg beendeten, als gesetzlichen Feiertag einführen. An diesem Feiertag soll der Opfer der NS-Ideologie gedacht und ein Beitrag gegen Rassismus und Nationalismus in der Gesellschaft geleistet werden.

VI. Finanz- und Europapolitik

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht sich zu verantwortlicher und nachhaltiger Haushaltspolitik verpflichtet. Der absolute Schrumpfungskurs der jetzigen Landesregierung behindert in zentralen Bereichen die Landesentwicklung. Der Schuldenabbau darf nicht zulasten wichtiger Investitionen in die Zukunft und des Erhalts einer stabilen Daseinsvorsorge gehen. Eine Finanzpolitik, die Schuldentilgung als vorrangiges Ziel beschreibt und dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt, lehnen wir ab. Denn auch unerledigte Aufgaben sind Schulden, die kommende Generationen belasten.

Reform des Haushaltsrechts – demokratisch und geschlechtergerecht

DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Veränderung des Finanz- und Haushaltsrechts des Landes Sachsen-Anhalt ein. Wir wollen hin zu einer geschlechtergerechten, budget-orientierten Steuerung der Landesfinanzen durch das Parlament unter Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure. Das derzeitige Verfahren weist dem Parlament zwar funktional das Budgetrecht zu, in der Praxis aber dominieren Regierung und Sachzwanglogik. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will für die Umstellung auf ein budgetorientiertes, geschlechtergerechtes Verfahren der Haushaltsaufstellung einen Beratungsdienst beim Landtag installieren.

Die Verteilung öffentlicher Mittel hat unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer, auf Mädchen und Jungen. Gender Budgeting bedeutet, dass die Ausgaben des Landes auf diese Unterschiede hin überprüft werden. Das Ziel der Aufstellung eines geschlechtersensiblen Landshaushalts ist die gerechte Aufteilung von Ressourcen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Datenerhebung in der Statistik prinzipiell geschlechtersensibel erfolgt.

Gerechter Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen

Städte, Gemeinden und Landkreise leiden seit vielen Jahren unter akuter Finanznot, welche die kommunale Selbstverwaltung in Frage stellt. Hier ist ein Umsteuern notwendig. Zum einen braucht es die vom Bund zu leistende Gemeindefinanzreform, die den Kommunen einen ihren Aufgaben entsprechenden Anteil an den Steuereinnahmen zuweist. Zum anderen ist der kommunale Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt zu reformieren. Das bestehende System führt die Kommunen in die Alimientierungsfalle und macht sämtliche Bemühungen, ihre Haushalte zu konsolidieren, zunichte. Wir wollen den Finanzausgleich nach den Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen bemessen und eine den Aufgaben folgende Verbundquote ermitteln. Zugleich muss sichergestellt werden, dass den Kommunen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine finanzielle Mindestausstattung zur Verfügung steht.

Die Verteilung der Mittel soll auf die Aufgaben und wirtschaftliche Leistungskraft der Kommunen zugeschnitten werden. In die Bedarfsermittlung sind die kommunalen Spitzenverbände einzubinden. Die Kommunalaufsicht soll künftig mit einer stärkeren Beratungsfunktion versehen und Partner der Kommunen werden. Für die kommunalen Altschulden einschließlich der Kassenkredite werden wir ein Hilfsprogramm des Landes initiieren.

Absicherung von Flüchtlingen und Asylsuchenden

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will die Kosten zur Realisierung des Aufnahmegesetzes aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) herausnehmen. Dort, wo Kommunen im direkten Auftrag des Landes oder Bundes Aufgaben erfüllen, gilt es, die entstehenden notwendigen Kosten zu ersetzen. Wir werden hierzu ein Leistungsgesetz formulieren und mit verbindlichen Mindeststandards verbinden, die in Sachsen-Anhalt bei der Unterbringung und Aufnahme von Flüchtlingen gelten müssen.

Kommunale Abgaben und Gebühren

Spätestens seit Ende der 1990er Jahre belasten hohe Anschlussbeiträge und steigende Gebühren für Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung fast alle Landkreise. Auch die Sanierungs- und Liquiditätshilfen an in Not geratene Zweckverbände konnten diese Spirale nicht aufhalten. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine generelle Bestandsanalyse der Situation im Bereich Wasser, Abwasser und Müllverwertung ein. Auf deren Grundlage sind zu jedem einzelnen Verband konkrete Wirtschaftlichkeits- sowie Organisationsuntersuchungen zu erarbeiten, um die Zukunftsfähigkeit der Verbände und die Bezahlbarkeit der Gebühren für die Verbraucher sicherzustellen. Im Bereich des Straßenausbaus sind klare Kriterien zu erarbeiten, die die Anwendung von Straßenausbaurecht oder Erschließungsrecht für die Entscheidungsträger transparent gestalten.

ten. Für das Beitragsrecht gilt der Grundsatz der Abgabenordnung, die Rechnungslegung nach dem Feststellungsjahr der endgültigen Herstellung, spätestens bis zum Ablauf der darauf folgenden vier Jahre vorzunehmen. Die Entscheidung, ob eine Kommune noch einen Herstellungsbeitrag II für altangeschlossene Grundstückseigentümer erhebt, steht im Ermessen der jeweiligen Kommunalvertretung und ist nicht über eine Haushaltskonsolidierung durch die Kommunalaufsichten durchzusetzen.

Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen ab 2019 notwendig

Sachsen-Anhalt ist wie alle ostdeutschen Länder auf den Länderfinanzausgleich angewiesen. Der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Wir werden uns bei den Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern für die Fortsetzung eines solidarischen Finanzausgleichs einsetzen. Nur so lässt sich am in der Verfassung verankerten Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, festhalten. Regionale Unterschiede und soziale Ungleichheiten sind dabei längst nicht mehr nur ein Ost-West-Problem. Die LINKE hat das Konzept für einen »Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in West und Ost« erarbeitet. Finanziert werden soll er unter anderem mit Einnahmen aus einer bundesweiten Vermögenssteuer.

Banken und Beteiligungen

Zur Daseinsvorsorge zählen für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auch starke Sparkassen in den Regionen. Sie stellen die Grundversorgung mit Bankdienstleistungen sicher. Die Vergabe von Krediten an Klein- und Mittelunternehmen ist zudem ein festes Standbein der Regionalwirtschaft. In dieser Rolle wollen wir sie stärken und gleichzeitig verhindern, dass ihnen Regeln des europäischen Wettbewerbs zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Ort auferlegt werden.

Die Investitionsbank soll als Darlehens- und Förderinstrument des Landes weiterentwickelt werden. Durch sie sollen vor allem die Förderprogramme begleitet werden, die zeitlich befristet sind. Die Auslagerung von originären Landesaufgaben lehnen wir ab. Auch künftig gilt es, für Innovationen und Unternehmen der Forschungs- und Entwicklungsbranche Risikokapital bereitzustellen und die Unternehmensgründungen, die aufgrund der hohen Besicherungsforderungen der Banken keine Chance haben, in Sachsen-Anhalt anzusiedeln. Hierbei ist öffentliche Kontrolle sicherzustellen.

Sachsen-Anhalt-Fonds

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird auch bei der Vermögensverwaltung des Landes umsteuern. Wir werden zum einen den Ausverkauf des Landesvermögens – insbesondere des Grundvermögens – stoppen, zum anderen sollen langfristige Rücklagen des Landes, zum Beispiel Pensionsfonds im Land, finanzpolitisch wirken. Hierzu soll dieses Landesvermögen in einem Sachsen-Anhalt-Fonds zusammengefasst und vorrangig im Land angelegt werden, um hier seine Wirkung zu entfalten.

Europa sozial gestalten

Bürgerinnen und Bürger haben oft das Gefühl, dass Entscheidungen der Europäischen Union (EU) fernab von ihrer Lebenswelt getroffen werden. Sie haben aber mittelbar und unmittelbar Auswirkungen auf das Land und die Kommunen. Die zentralisierende europäische Integration wirft die Frage nach der Neu- und Umverteilung von Zuständigkeiten und Mitbestimmung zwischen EU-Ebene, Nationalstaaten und Regionen/Kommunen sowie nach den sozialen und demokratischen Werten auf. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass dieser Prozess unter Beteiligung aller Ebenen gestaltet wird.

Das Land muss seine Beteiligungsmöglichkeiten bei regionalpolitisch relevanten Vorschlägen und Entscheidungen der Europäischen Union aber auch nutzen und bereits in einem frühen Stadium

an EU-Gesetzgebungsvorhaben mitwirken. Die auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Förderpolitik der EU lässt den sozialen Ausgleich außer Acht, was sich auch in Sachsen-Anhalt widerspiegelt. Große Infrastrukturprojekte und Unternehmen erhalten den Hauptteil der Fördergelder, soziale und ökologische Maßnahmen sind nachrangig. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, durch Nachverhandlungen zu erreichen, die Mittel aus dem Strukturfonds breiter in der allgemeinen Umwelt- und Sozialpolitik zum Einsatz bringen zu können. Wir wollen weiterhin, dass Entscheidungen über Projekte und Mitteleinsatz auf dezentrale Träger und lokale Akteure verlagert werden.

Der fehlende solidarische Gedanke der EU-Politik zeigt sich gegenwärtig besonders in der Migrationspolitik. An den Grenzen Europas sterben massenhaft Flüchtlinge als Folge der europäischen Abschottungspolitik. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, die inhumane Dublin-Verordnung zu überwinden, mit der Regelungen zur Bestimmung des Mitgliedstaates festgelegt werden, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist.

Fairplay und Zusammenhalt fehlen in der EU auch im Umgang mit Armut und Verschuldung in Griechenland und anderen Staaten, die vom europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt besonders betroffen sind. Globale Freihandelsabkommen sind vorrangig an unternehmerischen Interessen ausgerichtet. DIE LINKE hat die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, TISA, CETA und EPA von Beginn an abgelehnt. Die Art der Geheimverhandlungen ist eine direkte Bedrohung der Demokratie, hier versuchen Konzerne, Vorhaben durchzusetzen, die für sie im offenen politischen Prozess nicht umsetzbar sind. Wir werden weiterhin konsequent diesen Abkommen entgegenreten. Eine Liberalisierung und Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge lehnen wir grundsätzlich ab.

DIE LINKE war maßgeblich daran beteiligt, dass das soziale Europa 2014 zum allerersten Mal auf die Agenda der Europaministerkonferenz rückte und die Forderung formuliert wurde, bei der Gestaltung der EU-Politik soziale Aspekte zu berücksichtigen. Daran halten wir fest. Wir fordern weitere Schritte wie die Einführung eines europaweiten, landesspezifischen Mindestlohns und der »Millionärssteuer«. Für uns soll die EU eine Sozialunion werden, mit Vorrang vor einer Wirtschafts- und Handelsunion.

Das Landtagswahlprogramm 2016 wurde von der 3. Tagung des 5. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 10. Oktober 2015 in Staßfurt beschlossen.